Nr. 334. 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 5. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die Entscheidung am Argesul.

Die Schlacht am Argesul: Targoviste genommen, Vordringen über Titu, über Neajlovu, starker russisch-rumänischer Widerstand gebrochen. — Russische Angriffe am Dryswjaty-See, an der Bystrzyca scheitern.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 4. Dezember 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

Im Ypern- und Wytschaete-Bogen gingen im Anschluß an Sprengungen englische Patrouillen gegen unsere Stellungen vor. Einzelnen gelang es, in den vordersten Graben zu kommen; sie wurden im Handgemenge überwältigt oder zurückgetrieben.

Von den übrigen Armeen sind besondere Ereignisse nicht zu berichten.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich des Dryswjaty-Sees gingen nach starker Feuervorbereitung russische Kräfte gegen unsere Linien vor; sie wurden verlustreich abgewiesen. Ebenso scheiterte der Vorstoß feindlicher Streifabteilungen an der Bystrzyca Solotwinska.

Eigene Unternehmungen westlich von Tarnopol und südlich von Stanislau hatten Erfolg.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpathen hat gestern die Angriffstätigkeit der Russen nachgelassen, nur zu leicht zurückgewiesenen, schwächlichen Vorstößen rafften sie sich an einigen Punkten noch auf. Gesteigertes Artilleriefeuer scheint das Abflauen der Angriffe verdecken zu sollen.

Stärker war der russische Druck noch an der siebenbürgischen Ostfront. Am Trotosul-Tale gelang es dem Feinde, kleine Fortschritte zu machen. Deutsche und österreich-ungarische Truppen entrissen ihm weiter südlich eine jüngst verlorene Höhenstellung wieder.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der 3. Dezember brachte in der Schlacht am Argesul die Entscheidung; sie ist gewonnen.

Die Operationen der Armee des Generals der Infanterie v. Falkenhayn — Mitte November durch die siegreiche Schlacht von Targu Jin begonnen — und der auf das Norduser der Donau gegangenen deutschen, bulgarischen und ottomanischen Kräfte sind von Erfolg gekrönt gewesen.

Die unter Führung des Generals der Infanterie Kosch kämpfende Donau-Armee von Svistov her, die durch die westliche Walachei über Craiova vordringende Armeegruppe des Generalleutnants Kühne, die nach harten Kämpfen längs des Argesul aus dem Gebirge heraustretende Gruppe des Generalleutnants Krafft von Delmensingen und die unter Befehl des Generalleutnants v. Morgen über Campulung vorbrechenden deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen haben ihre Vereinigung zwischen Donau und dem Gebirge vollzogen.

Der linke Flügel nahm gestern Targoviste. Die Truppen des Generalleutnants Krafft von Delmensingen setzten von Pitesti her ihren Siegeszug fort, schlugen die 1. rumänische Armee vollständig und trieben ihre Reste über Titu, dem Gabelpunkt der Bahnen von Bukarest auf Campulung und Pitesti, in die Arme der bewährten 41. Infanterie-Division unter Führung des Generalleutnants Schmidt v. Knobelsdorf.

Auf dem linken Argesul-Ufer, nordwestlich und westlich von Bukarest, blieb der Kampf in erfolgreichem Fortschreiten.

Südwestlich der Festung wurde der Rumäne, der nach aufgefundenem Befehl die Absicht hatte, die Donau-Armee vereinzelt zu schlagen, während sein Nordflügel — die 1. Armee — standhielt, über den Neajlovu gegen den Argesul zurückgeworfen.

Südlich von Bukarest waren starke rumänisch-russische Angriffe abzuwehren. Auch hier wurde dem Feinde eine schwere Niederlage bereitet.

Kavallerie und Fliegern gelangen Bahnunterbrechungen im Rücken des rumänischen Heeres.

Die Haltung unserer Truppen in den siegreichen Kämpfen war über alles Lob erhaben, ihre Marschleistungen gewaltig. Das reiche Land und die erbeuteten gefüllten Verpflegungsfahrzeuge des Gegners erleichterten die Versorgung der Truppe.

Die rumänische Armee hat die schwersten blutigen Verluste erlitten.

Zu den Tausenden von Gefangenen aus den vorhergehender Tagen kamen gestern noch über 8000 Mann.

Die Beute an Feldgerät und Kriegsmaterial aller Art ist unabsehbar. Es fielen bei der Donau-Armee 35 Geschütze, bei Titu 13 Lokomotiven mit vielem rollenden Material in unsere Hand.

Die Operationen gehen planmäßig weiter; neue Kämpfe stehen bevor.

In der Dobrudscha keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Ohne Einfluß auf die Entscheidung suchenden Schläge in Rumänien bleibt der Verlust einer auf dem Ostufer der Cerna gelegenen Höhe, die gestern von den Serben genommen wurde, und die damit verbundene Verlegung eines Teils unserer dortigen Stellung.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 4. Dezember, abends. (W. T. B.)

Früh scheiterte englischer Vorstoß östlich von Le Sars; sonst im Somme-Gebiet nichts Wesentliches.

Kämpfe südlich und westlich von Bukarest in für uns günstigem Fortschreiten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 4. Dezember 1916. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Schlacht am Argesul hat zu einem Sieg von entscheidender Bedeutung geführt. Der Vorstoß der Donau-Armee an dem unteren Argesul war durch den von den Rumänen und ihren Bundesgenossen mit großen Hoffnungen begleiteten Gegenstoß nicht zu bannen. Die feindliche Angriffsgruppe wurde nordöstlich von Draganesci aufgefangen und durch umfassendes Vorgehen über den Rjaslow zurückgeworfen. An diesen Kämpfen nahmen an der Seite deutscher, bulgarischer und ottomanischer Truppen auch österreichisch-ungarische Grenzjäger und Batterien teil.

Gleichzeitig erzwang sich westlich von Bukarest eine Armeegruppe den Uebergang über den Argesul-Fluß. Sie drang gestern bis Titu vor und empfing hier Trümmer der rumänischen ersten Armee, die Tags zuvor von den österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen des Generalleutnants Krafft von Delmensingen südöstlich von Pitesti geschlagen worden sind.

Starke rumänische Abteilungen wurden vernichtet.

Weiter nördlich nahmen die Verbündeten Tirgoviste in Besitz.

Die seinerzeit in der kleinen Walachei abgeschnittenen rumänischen Truppenteile werden in fortdauerndem Kesseltreiben allmählich aufgerieben. Die Donau ist geöffnet.

Ueber die außerordentlich reiche Beute lassen sich noch keine annähernd zutreffenden Angaben machen, sie wächst stündlich.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Während so in der walachischen Ebene der jüngste Bundesgenosse unserer Gegner entscheidend geschlagen wurde, mühten sich die Russen vergebens, gegen die tapferen österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen der Generale von Arz und von Koeveß einen auch auf Rumänien rückwirkenden Erfolg zu erringen. Wenn auch die Entlastungsversuche gewiß noch nicht abgeschlossen sind, so zeigte gestern doch das Nachlassen der russischen Angriffe in den Karpathen, daß der erschöpfte, stark hergenommene Feind dringend einer Kampfpause bedurfte.

Nur beiderseits des obersten Trotus-Tales setzten die Russen ihre Angriffe in unverminderter Heftigkeit fort. Sie stürmten stellenweise bis zu zehnmal, wurden aber, von unwesentlichen Schwankungen abgesehen, überall zurückgeschlagen. Im Süden des Abschnittes entrissen wir dem Gegner eine kürzlich an ihn verlorene Höhe.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Stellenweise Kampfhandlungen untergeordneter Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Geschützfeuer im Karstabschnitt dauert fort. Auch die Minenwerferkämpfe haben wieder begonnen. Ein italienisches Flugzeuggeschwader warf auf Dutovlje, Groß-Repen und Sesana ohne Wirkung Bomben ab. Unsere Flieger griffen den Feind an und zwangen bei Mavhinje einen Caproni mit vier Insassen zur Landung. In diesem Luftkampfe zeichneten sich Linienschiffsleutnant Banfield und Oberleutnant Brunowski aus.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 3. abends hat eines unserer Flugzeuggeschwader die feindlichen Stellungen bei Doberdo sehr erfolgreich mit Bomben belegt und kehrte trotz heftiger Beschießung unversehrt zurück.

Flottenkommando.

Die Friedensblinden.

Woher kann der Frieden kommen? Wir stellen diese Frage realpolitisch nicht als Wunsch, sondern als Erkenntnisfrage unter Einsetzung der wirkenden Kräfte zu ihrem wirklich zutage tretenden Wert. Dann ist es nicht zweifelhaft, daß der Frieden von den offiziellen Regierungen der kriegführenden Länder (was nicht besagen will: von den gerade jetzt am Ruder befindlichen Personen) geschlossen werden wird, wohl unter starker Mitwirkung der öffentlichen Meinung, aber kaum durch einen über die Regierungen hinwegflutenden revolutionären Volkswillen. An das letztere können nach der Erfahrung von 28 Kriegsmonaten nur unheilbare Illusionisten glauben.

Aber was hindert die Regierungen? Ist es wirklich nur der Mangel eines geeigneten Vermittlers, mag dieser nun Wilson oder Papst Benedikt oder sonstwie heißen. Ach, unsere Staatsmänner sind doch schließlich keine schmollenden Schulkinder, die aus Trotz nicht mehr miteinander reden und zwischen die man deshalb erst zartfühlend eine dritte Person einschieben muß. Wollten alle Beteiligten ernsthaft Frieden schließen, so wäre wohl ein Vermittler wertvoll, aber zur Not würde es auch ohne ihn gehen.

Staatsmänner schließen Frieden, wenn sie entweder ihr Kriegsziel mit den Waffen erreicht haben, oder wenn sie einsehen, daß diese Erreichung unmöglich ist.

Deutschlands Kriegsziel ist die Selbstverteidigung. Es ist seit mehr als Jahresfrist erreicht und deshalb kann der deutsche Reichskanzler immer wieder seine Bereitschaft zum Friedensschluß zum Ausdruck bringen.

Deutschlands Gegner erstreben Eroberungsziele, die zwar alles andere als bisher geglückt sind, vor deren Unerfüllbarkeit sie aber einstweilen hartnäckig die Augen verschließen, deren Verwirklichung sie trotz aller trüben Erfahrungen noch nicht aufgegeben haben.

Wenn je ein Kriegsereignis, so sollte ihnen der rumänische Zusammenbruch ein Grund zum Friedensschluß sein. Denn er bedeutet, daß das Balkanspiel der Entente mit den Zielen der Zertrümmerung Oesterreichs und Russisch-Konstantinopels endgültig und unwiederbringlich verspielt ist.

Man vergleiche die heutige Balkanlage mit der zu Anfang des Krieges. Damals hatte die Entente Serbien und Montenegro für sich, alles andere war neutral. Dann schloß sich die Türkei den Mittelmächten an, Bulgarien folgte, die Wirkung war die militärische Vernichtung und Besetzung der mit der Entente verbündeten Staaten. Dieser blieben als letzte Hoffnungen Griechenland und Rumänien. Griechenland wollte nicht, die brutalen Zwangsversuche, das kleine Land wider seinen Willen in den Krieg zu treiben, haben jetzt einen Zustand gezeitigt, der das Gegenteil des Ententewunsches bedeutet: mit Wut und Haß setzt sich das gedemütigte Volk zur Wehr und die Schüsse der Athener Garnison richten sich gegen die heuchlerischen Unterdrücker.

Aber Rumänien ließ sich verlocken — und ungeheurer Jubel der gesamten Ententepresse begrüßte sein Eingreifen. Jetzt liegt es am Boden, von seinen Bundesgenossen ebenso verraten und verlassen, wie all die anderen „beschützten" Kleinen. Noch einen Balkanstaat, den sie gegen uns aufstacheln könnte, hat die Entente nicht mehr. Was bleibt ihr?

— Die Saloniki-Armee Sarrails, ein kostspieliges und gefahrvolles Abenteuer, dessen letzte Stunde wenige Minuten nach dem rumänischen Untergang schlagen dürfte, trotz der örtlichen Erfolge, die Sarrail in dieser Galgenfrist noch erreicht.

Und im übrigen? Eine trotz der viermonatlichen Sommeschlacht unerschütterte Westfront und eine nach den Anfangserfolgen der Brussilowschen Offensive für die Russen wieder unüberwindlich gewordene Front im Osten.

Einsichtige Staatsmänner würden hiernach sagen: Wir schaffen es nicht, weder Konstantinopel, noch Oesterreichs Aufteilung, noch Elsaß-Lothringen sind durch diesen Krieg zu erreichen; wir schließen Frieden.

Aber was sehen wir statt dessen? Noch einmal Aufstachelung der letzten wildesten Kriegsleidenschaft, Aufpeitschung des gesunkenen Mutes bis zum äußersten, Ersetzung halbwegs einsichtiger, zur Verständigung neigender Staatsmänner durch extreme Kriegsfanatiker. Was 1915 fehlschlug, 1916 mißglückte, 1917 soll es bringen. Noch eine letzte ungeheure Anstrengung . . . wir kennen die Weise.

In England wird Asquith, der von den Kriegshetzern als Schlappschwanz ausposaunt wird, allgemach durch den streitlustigen Lloyd George verdrängt. Man wird den Premierminister vielleicht nicht stürzen, aber dafür bevormunden. Eine „Neugestaltung der Regierung" soll vorgenommen, ein neuer Kriegsrat gebildet werden, in dem nach Angabe der „Daily News" Lloyd George etwa die Stellung des verstorbenen Lord Kitchener einnehmen soll. Ein Artikel der „Sunday Times" führt aus, daß Asquith, obwohl seine Unfähigkeit, rasche Entschlüsse zu fassen, ihn für den Vorsitz im Kriegsrat untauglich mache, politisch noch durchaus nicht verbraucht sei, und daß er an der Spitze des Kabinetts bleiben solle, daß aber die Leitung des Krieges einem energischeren Kollegen übertragen werden sollte, — womit natürlich Lloyd George gemeint ist.

Ganz ähnlich vollzieht sich die Entwickelung in Rußland. Die so vielgestaltig ausgedeutete Entlassung Stürmers wird vom „Rjetsch" jetzt offen damit begründet, daß er für den Frieden gearbeitet habe. Er habe sich mit der sogenannten Friedenspartei am Hofe verbunden und auf die Verständigung mit Deutschland hingearbeitet. Diese Auffassung gewinnt an Wahrscheinlichkeit durch die Rede, mit der sich sein Nachfolger Trepow der Duma vorstellte und die man kurz dahin charakterisieren kann: **jedes Wort eine Kriegsfanfare!** Nachdem Trepow Rußland hinsichtlich des Kriegsausbruchs als Unschuldslamm hingestellt hat, erklärt er:

Mehr als einmal ist im Namen der Regierung von dieser Tribüne herab laut verkündet worden, daß der Krieg bis zum völligen Siege durchgeführt werden wird, mehr als einmal ist ebenso erklärt worden, **kein vorzeitiger Friede aus welchen Gründen auch immer,**

kein Sonderfriede ohne unsere Alliierten

geschlossen werden wird. Nichts kann diesen Entschluß umstoßen, der dem unbeugsamen Willen des erhabenen Beherrschers von Rußland entspringt, der sich eins weiß mit seinem ganzen treuen Volke: **Rußland wird die Waffen nicht niederlegen, ehe ein völliger Sieg errungen ist.** Die ganze Welt mag es noch einmal hören, daß, wie groß auch die Schwierigkeiten, wie groß die zeitweiligen Rückschläge auch sein mögen, Rußland, das große Rußland und seine tapferen Alliierten den letzten Soldaten aufbringen, alle Mittel des Staates zur Verfügung stellen werden, damit der Krieg zu einem entscheidenden Ende geführt und die Anschläge und die Gewalttätigkeit der Deutschen für alle Zeiten vereitelt werden.

. . . Augenblicklich besteht das Programm der Regierung **nur aus einem Punkt: das ist der Sieg,** koste er, was er wolle, ein voller und endgültiger Sieg! Der Krieg hat schon zahlreiche Opfer von uns gefordert, und er wird noch viele mit sich bringen. Dennoch sollte uns das nicht hindern. Weder Rußland noch seine Alliierten sind schuld am Kriege; aber nachdem der Krieg einmal vom Zaune gebrochen worden ist, werden wir ihn nicht eher beenden, **als bis der Feind völlig erschöpft** ist und in Zukunft keine dauernde Bedrohung des allgemeinen Friedens bilden kann. **Wir müssen den Krieg bis zur Vernichtung des deutschen Militarismus führen,** und bis es ihm unmöglich ist, sich in naher Zukunft wieder zu erheben. Es ist unerläßlich, die ständige Drohung mit Gewalt, die seit etwa zehn Jahren die ganze zivilisierte Welt mit Sorge erfüllte, zu beseitigen.

Und nach dieser Anhäufung von Vernichtungsdrohungen enthüllt der russische Ministerpräsident ein Eroberungsprogramm, vollbepackt mit Annexionen fremdländischer Gebiete, das in schreiendstem Widerspruch ebenso zu der eben beteuerten Unschuld Rußlands am Kriege wie zu der tatsächlichen Kriegslage steht:

Ich wiederhole, meine Herren, uns erwartet ein Kampf, dessen Ausgang im voraus bestimmt ist, der aber unsererseits noch bedeutende Anstrengungen fordern wird. Der Feind hält noch immer einen Teil unseres Gebietes besetzt. Wir müssen es noch wiedererobern und von dort aus das zeitweilig durch Waffengewalt abgetrennte **Königreich Polen wiedergewinnen. Das ist nicht genug, wir müssen dem Feinde die einst polnischen Gebiete jenseits der Grenze entreißen** und wir wollen ein freies Polen in seinen ethnographischen Grenzen und in unlöslicher Vereinigung mit Rußland wiederherstellen.

Seit über 1000 Jahren strebt Rußlaud **nach Süden,** zum freien Ausgang ins offene Meer. **Die Schlüssel zum Bosporus und zu den Dardanellen, der Schild des Oleg über dem Tor von Konstantinopel, das sind die jahrhundertalten Träume,** die dem russischen Volke zu allen Zeiten seines Bestehens vertraut waren. Diese Wünsche sind seit Kriegsbeginn der Erfüllung nahe. Um Menschenleben zu schonen, haben wir gemeinsam mit unseren Verbündeten alles uns Mögliche getan, um die Türkei von einer Teilnahme an den sinnlosen Feindseligkeiten zurückzuhalten. Frankreich, England und Rußland hatten nicht die Aufgabe, die Türkei in den Krieg hineinzuziehen. Sie haben nur darauf bestanden, daß sie in ihrem eigenen Interesse neutral bleibe. Gleichzeitig wurden der Türkei Versicherungen und formelle Versprechungen gegeben, durch die ihr für ihre Neutralität die Unverletzlichkeit ihres Gebietes und ihre Unabhängigkeit garantiert und ihr außerdem noch gewisse Vorteile gewährt wurden. Aber die Anstrengungen waren vergeblich, und geblendet durch die falschen Versprechungen Deutschlands, besiegelte die Türkei, indem sie uns hinterrücks angriff, ihr Schicksal.

Rußlands Lebensinteressen werden von unseren treuen Verbündeten gerade so gut verstanden wie von uns selbst. Deshalb bestimmte die Vereinbarung, die wir 1915 mit Großbritannien und Frankreich geschlossen haben und der Italien beitrat, endgültig **Rußlands Recht auf die Meerengen und auf Konstantinopel.** In Uebereinstimmung mit unseren Alliierten wird heute die Erklärung über diese Vereinbarung von dieser Tribüne aus abgegeben. Ich wiederhole, die vollständige Uebereinstimmung über diesen Punkt ist unter den Alliierten fest begründet und es besteht kein Zweifel, daß Rußland, nachdem es **die freie Zufahrt ins Mittelmeer souverän in Besitz genommen** haben wird, der rumänischen Flagge, die nicht zum erstenmal im Kampfe neben den russischen Bannern weht, freie Schiffahrt gewähren wird. (Lang anhaltender Beifall.)

Was ein „freies, untrennbar mit Rußland verbundenes Polen" ist, bedarf keiner Ausführung. Es ist dasselbe wie ein freier lebenslänglich eingekerkerter Mann. Wenn Herrn Trepows Pläne sich verwirklichen würden, nach denen er das deutsche und österreichische Polen dazuerobern will, dann liefe die russische Grenze statt 300 Kilometer vor dem Kriege keine 150 Kilometer mehr östlich von Berlin!

Und die fanatischen Eroberungsworte bezüglich Konstantinopels fallen in demselben Augenblick, da mit dem Zusammenbruch Rumäniens dieses Ziel in unerreichbare Ferne rückt. Mit den rumänischen Todesopfern vom Argesul wird Rußlands Dardanellentraum endgültig begraben.

Ist das ein Staatsmann, der in diesem Augenblick so spricht wie Trepow? Ein wirklichkeitsfremder Kriegsfanatiker, ein scheuklappengeschlagener Krieg-bis-zu-Ende-Prediger möchte man sagen, aber doch trotz allem — der leitende russische Minister. Wir müssen uns mit der bitteren Wahrheit abfinden, daß unsere Gegner zu sehr in ihre Ziele verrannt sind, um etwas anderes sehen zu können, sie sind friedensblind.

Statt Asquith Lloyd George, statt Stürmer Trepow — den Völkern Europas soll das härteste nicht erspart bleiben. Ein Trost bleibt: Strenge Herren regieren nicht lange und je mehr die „starken Männer" jetzt den Mund vollnehmen, desto schneller wird die Enttäuschung eintreten, desto schneller müssen sie abwirtschaften. Wenn aber auch die starken Männer nichts erreichen, muß dann nicht unseren Gegnern — endlich — die Erkenntnis kommen?

•

Die englische Kabinettskrise.

London, 3. Dezember. Reuter meldet: Amtlich wird bekanntgegeben, daß Asquith zum Zwecke der wirksamsten Durchführung des Krieges beschlossen hat, dem König zu raten, einer Neugestaltung der Regierung zuzustimmen.

Die Entente-Katastrophe in Griechenland.

Die von der balkandiplomatischen Kunst der Entente entfesselten griechischen Ereignisse kommen auf das Spezialkonto Frankreichs. Sie bedeuten eine Niederlage, und dem entspricht auch das Echo, das sie im Lande Briands auslösen. Wolffs Bureau meldet vom Sonntag aus Paris: Die Ereignisse in Athen werden hier mit lebhafter Entrüstung aufgenommen. Die Zeitungen erklären einhellig, es bestehe jetzt die Pflicht, „den Meuchelmördern und Verrätern eine unvergeßliche Strafe aufzuerlegen". „Echo de Paris" schreibt: „Keine Nachsicht, keine Zweideutigkeit mehr, laßt der Gerechtigkeit ihren Lauf!" Von diesem Schrei nach Energie sticht allerdings das, was Havas über das Verhalten der Entente zunächst meldet, erheblich ab. Die Meldung gibt nur die dünne allgemeine Wendung zum Besten: „Die Regierungen der Alliierten ergreifen gemeinschaftliche Maßregeln, um Genugtuung für den am 1. Dezember in Athen begangenen Anschlag zu erlangen." Die Genugtuung beginnt aber in der schon weltkriegmäßig gewordener Form mit einem vermutlich einträglichen Flottenraub. Wie „Matin" meldet, sind die griechischen Schiffe, die in Marseille und den übrigen Häfen Frankreichs und der alliierten Länder liegen, mit Beschlag belegt worden. Also nicht nur auf den militärischen, sondern auch auf den wirtschaftlichen Ruin Griechenlands war's abgesehen. Die bisher wichtigste Wirkung des Geschehenen ist sodann in der weiteren Havasmeldung vom Sonntag zu sehen, nach der im Hinblick auf die Ereignisse in Athen Romanos seiner Regierung seine Demission als griechischer Gesandter in Paris einreichte. Der griechische Gesandschaftsrat Kaklamanos demissionierte ebenfalls. Prinz Georg kam, wie die Meldung hinzufügt, am Vormittag in die Gesandtschaft und sprach lange mit Romanos. Ob der Prinz versucht hat, seinen Schritt rückgängig zu machen, erfährt man nicht. Aber der Umschwung, der sich in Athen vollzogen hat, ist groß. Das geht aus folgendem Begebnis hervor. Havas meldet, daß Makuris, der ehemalige Bürgermeister von Athen und Führer der Reservisten, an Stelle von Benakis seine Stellung wieder eingenommen hat und daß auch General Dusmanis und Oberst Metaxas ihre Stellungen an der Spitze des Generalstabes wieder eingenommen haben. Kann das etwas anderes als den offenen Bruch mit der Entente bedeuten?

•

Der Aufstand in Athen.

Die Toten und Verwundeten.

Athen, 3. Dezember. Reutermeldung. General Callaris berichtet, daß in den Kämpfen am 1. Dezember 29 griechische Militärpersonen, darunter drei Offiziere getötet und 54 verwundet worden seien, während auf französischer Seite 47 Marinesoldaten einschließlich zwei Offiziere getötet und 97 verwundet wurden.

(Wieviel Zivilpersonen Opfer des Kampfes wurden, wird aber nicht mitgeteilt.)

Bern, 4. Dezember. „Secolo" meldet aus Athen: Nach den ersten Zusammenstößen zwischen griechischen Truppen und Marinesoldaten des Vierverbandes wurde ein

Waffenstillstand

vereinbart, worauf sich die Truppenabteilungen des Vierverbandes zurückzogen. Admiral Fournet soll erklärt haben, er wolle die Uebergabe von sechs Batterien annehmen und bei den alliierten Regierungen dahin vorstellig werden, daß sie von dem Verlangen nach Ueberlassung des anderen Artilleriematerials abstünden.

Bern, 4. Dezember. W. T. B. „Corriere della Sera" meldet aus Athen: Die Ententetruppen haben bei dem Zusammenstoß hundert Tote und Verwundete und vierzig Gefangene eingebüßt. Auf griechischer Seite sollen ein Hauptmann, zwei Leutnants und ungefähr vierzig Soldaten verwundet oder tot sein. Die italienischen Marinesoldaten sollen verschont geblieben sein. Nach Abschluß des Waffenstillstandes um 3 Uhr nachmittags wurde das Feuer eingestellt, um 5 Uhr aber, nachdem

von der Foltte dreißig Kanonenschüsse abgegeben

worden waren, mit vermehrter Heftigkeit wieder aufgenommen. Drei Gewehrschüsse sollen auf den Königspalast gefallen sein. Einige Oberhäupter der Venizelistenpartei wurden verhaftet. Die Ententetruppen, etwa 3000 Mann, zogen sich gestern nach dem Piräus zurück, begeleitet von griechischer Kavallerie, und schifften sich alsdann ein.

Amsterdam, 4. Dezember. W. T. B. Nach einem hiesigen Blatte meldet „Times" aus Athen vom 2. Dezember: Um 5 Uhr nachmittags haben drei französische Torpedobootsjäger den Hügel Arbettos beschossen, von wo ein Geschütz auf das Zappeion, das Quartier der französischen Matrosen, gefeuert hatte. Eine Granate fiel in den inneren Hof des dicht am Hügel gelegenen königlichen Palastes, in dem eine Konferenz stattfand. Die venizelistischen Blätter sind suspendiert.

Athen, 2. Dezember, 6 Uhr nachmittags. Havasmeldung. Das Feuer ließ nach und hörte am Abend tatsächlich auf. Die Truppen der Alliierten wurden nach dem Piräus zurückgeführt. Die Regierung bot Admiral Fournet 6 Batterien Gebirgsartillerie an, aber die Gesandten der Alliierten erhielten von ihren Regierungen die Weisung, zu erklären,

die Frage sei viel ernster als die Abtretung von Kriegsmaterial,

und die Regierung müsse eine der Schwere des Anschlags entsprechende Genugtuung geben.

Athen, 2 Dezember. Reutermeldung. Zwanzig bewaffnete Kreter verschanzten sich im Hause von Benizelos. Sie weigerten sich, das Gebäude zu verlassen und feuerten vom Dache auf jeden, der sich ihnen näherte. Der Kriegsminister befahl, Maschinengewehre aufzustellen. Währenddessen wurden die Kreter nochmals aufgefordert, sich zu ergeben, was sie nach längerer Beratung auch taten. Sie wurden unter starker Bedeckung nach dem Parlamentsgebäude gebracht, das zeitweilig als Militärgefängnis dient. Auf dem kurzen Wege dorthin hatte die Eskorte große Mühe, sie vor der Menge zu schützen. Um 4 Uhr war die Ordnung wiederhergestellt. Das Gewehrfeuer in den Straßen hörte auf. Starke Kavalleriepatrouillen bewachen die Stadt.

Bern, 2. Dezember. W. T. B. „Corriere della Sera" meldet aus Athen: Aus der Hauptstadt und ihrer Umgebung haben sich rund 6000 Reservisten freiwillig gestellt und sich an 5000 Mann der Athener Garnison angeschlossen.

Der König

ist gesehen worden, wie er in Generalsuniform auf dem Wege nach einer Kaserne war, um dort der Ankunft der Reservisten beizuwohnen. Gegen Mittag entwickelte sich in der Nähe des königlichen Palastes ein starker Tumult. Die am Morgen erfolgten Zusammenstöße waren bis 10 Uhr immer heftiger geworden. Am Abend begaben sich der französische und der englische Gesandte zu dem König und darauf ins Zappeion, um sich mit den Platzkommandanten der Alliierten zu besprechen. Noch später fuhren sie im Automobil nach dem Piräus, um mit Fournet sich zu beraten. Man glaubt, daß ein Waffenstillstand vereinbart worden ist und infolgedessen die Feindseligkeiten eingestellt werden.

Basel, 4. Dezember. Aus Paris wird den „Basler Nachrichten" telegraphiert: Man fragt sich hier, wo der Grund zu der tragischen Wendung der Ereignisse in Athen liegt, ob der König die Stelle eines gegen die Entente gerichteten Manövers ist oder ob der Verband der Reservisten den König zu seiner Haltung zwingen will. Man neigt hier der ersteren Vermutung zu. Es scheint sehr wahrscheinlich, daß die Verstärkung des griechischen Widerstandes zusammenhängt mit dem Erfolge der Zentralmächte in Rumänien. Man sieht darin in Frankreich einen Ausbruch der wirklichen Sympathien Konstantins, und da schon Blut geflossen ist, verlangt man die Bestrafung aller Schuldigen ohne Ausnahme. Schon sind Maßregeln zur Blockade getroffen.

London, 4. Dezember. W. T. B. Die „Times" erfährt aus Athen vom 2. Dezember: Im ganzen sind am Freitag früh

dreitausend Mann Ententetruppen ausgeschifft

worden und in drei Abteilungen nach Athen vorgerückt. Als sie an die Punkte kamen, die ihnen angewiesen waren, fanden sie sie von griechischen Truppen besetzt, die, als die Alliierten sich zurückzuziehen begannen, auf sie feuerten. Der Kampf begann vormittags um ½11 Uhr und endete, nachdem ein Waffenstillstand geschlossen war, nachmittags um 2 Uhr. Die Alliierten hatten bedeutende Verluste, namentlich die Italiener litten schwer. Man glaubt, daß 100 Franzosen gefangen genommen wurden. Am Sonnabend begannen die Unruhen aufs neue und dauerten fast den ganzen Tag fort. Matrosen feuerten von den Balkons und Hotels und von den Gebäuden der Zeitungen. Fast den ganzen Tag wurden Venizelisten verhaftet. Die Athener Presse berichtet, daß eine Granate in den Garten des Palastes, eine in die Palastküche und eine dritte in den inneren Palasthof fiel.

Bern, 4. Dezember. W. T. B. „Corriere della Sera" zufolge hat die griechische Militärliga alles in den Athener Depots befindliche Material bei nacht auf Militärfuhrwerken und Militärautomobilen in der Richtung des Parraß weggeschafft.

Athen, 3. Dezember. Reutermeldung. Der Tag war ruhig, aber es herrscht große Besorgnis. Abends findet im Palais ein Kabinettsrat statt.

Der Krieg in Rumänien und Mazedonien.

Die Schlacht am Argesul.

Berlin, 4. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt: Der Argesul, an dem am 3. Dezember die Schlacht stattfand, ist ein Gebirgsstrom von wechselnder Breite. Diese beträgt von Pitesti bis südwestlich Titu zwischen 200 bis 300 Meter. Der Fluß hat hier eine Wassertiefe bis zu 20 Meter. An verschiedenen Stellen sind Furten vorhanden.

Weiter abwärts verengt sich das Bett. Der reißende Strom wird hier überall zum absoluten Hindernis. Die vorhandenen Brücken haben eine Länge bis zu 300 Meter. Wäre es nicht geglückt, durch schärfstes Nachdrängen den Feind am Sprengen der Brücken und planmäßigen Besetzen der am jenseitigen Ufer befindlichen ausgebauten Stellungen zu verhindern, so wäre voraussichtlich ein längerer Aufenthalt vor dem starken Abschnitt unvermeidlich gewesen.

•

Flucht und Plünderung in der Walachei.

Amtlich. Berlin, 4. Dezember. (W. T. B.) Wie die russische Heeresleitung in Polen und Wolhynien, hat auch die rumänische in der Walachei den größten Teil der Zivilbevölkerung durch Abschieben nach Osten in gewissenlosester Weise in Gesundheit, Leben und Besitz bedroht. Lange Kolonnen von Flüchtlingen, die selbstverständlich mit dem raschen Vormarsch unserer Truppen und der Flucht der Rumänen nicht Schritt halten konnten, lagern unter freiem Himmel, sind Hunger, Krankheit und Elend preisgegeben. Das Verjagen der Bevölkerung von ihrer Scholle ist militärisch schon deshalb sinnlos, weil durch die Flüchtlingskolonnen auch dem rumänischen Rückzug Schwierigkeiten bereitet werden, die die zurückflutenden Truppen einfach dadurch zu beseitigen suchen, daß sie Menschen, Vieh, Wagen und Habseligkeiten erbarmungslos in den Straßengraben werfen. Die von ihrer Regierung zur Flucht veranlaßte und dann in solcher Art im Stich gelassene Bevölkerung ergibt sich naturgemäß, von Kälte, Hunger und Krankheit getrieben, dem Raub und der Plünderung. Unsere Truppen finden die vornehmsten Häuser von ihr erbrochen, zunächst als Zufluchtsstätten benutzt und vor Weitergehen ausgeraubt. Ebenso werden die verlassenen Häuser der Flüchtlinge von zurückgebliebenen Einwohnern gebrandschatzt. In rumänischen Armeebefehlen aber werden die Folgen dieses unsachgemäßen und gewissenlosen Abschiebens der Bevölkerung dahin entstellt, daß die Deutschen Land und Vorräte verwüsten. Wie haltlos diese Behauptung ist, geht allein daraus hervor, daß es ja im eigensten Interesse unserer Truppe liegt, ihre Quartiere unversehrt zu erhalten und die Vorräte des Landes sparsam und sachgemäß zu verteilen.

•

Das walachische Vormarschgebiet.

Ueber Natur und Kultur des Gebietes, das jetzt den Vormarsch der deutschen Heere erlebt, lesen wir in der „Kölnischen Zeitung": Die walachische Ebene ist südlich des den Grenzgebirgen vorge-

lagerten Hügellandes eine fast glatte Fläche. Ueber einer Sandschicht liegt hier Löß, der an der Oberfläche durch Ansammlung organischer Reste zu schwarzer dicker Erde geworden ist. Der größte Teil dient dem Anbau von Weizen, an der Donau bis zu einem Viertel, so daß die acht Bezirke der Ebene die Hälfte der ganzen Erzeugung des Landes liefern. Die Großgrundbesitzer, die 1905 nicht weniger als 37,6 Prozent der Fläche innehatten, finden dabei am besten ihre Rechnung. 1563 solcher Besitzer standen einer Million Kleingrundbesitzer gegenüber, die 41,6 Proz. ihr eigen nannten. Dieses Verhältnis ist ein Krebsschaden des Landes, denn die Kleingrundbesitzer wie die Pächter von 64 Proz. des Eigentums der Großgrundbesitzer kommen nicht auf und die furchtbaren Bauernaufstände vor einigen Jahren waren das Ergebnis dieser Zustände. Mais hielt an Bedeutung hinter dem Weizen zurück, wenn er auch die größte Anbaufläche, besonders im Gebirge und Hügelland, hat. Weinbau ist in der Walachei in der Gegend von Slatina bei Draganhani stark entwickelt. Die Viehzucht leidet darunter, daß die Herden auch im Winter im Freien bleiben und man keine Stallfütterung kennt. Die landwirtschaftliche Technik der Bauern ist noch unentwickelt, der Boden, der keine Düngung erhält, wird allmählich ausgesaugt. Die arme Bevölkerung benutzt vielfach noch den Holzpflug und bringt die Ernte in Erdgruben unter. In manchen Gegenden stellt sie auch ihre Behausungen halb unterirdisch her, mit der Rückseite in den Boden hineingegraben. Petroleumquellen hat die Walachei nur im nordöstlichen Teil bei Prahowa.

•

Die russische Entlastungsaktion in der Dobrudscha.

Sofia, 3. Dezember. Generalstabsbericht.

Rumänische Front: In der Walachei dauert der Vormarsch fort. Wir machten 200 Gefangene und erbeuteten eine Kanone. An der Donau Infanteriefeuer. Zwischen Cernavoda und Oltina Artilleriefeuer. In der Dobrudscha setzten heute die Russen ihre verzweifelten Angriffe auf den linken Flügel unserer Stellung fort. Nach heftiger Artillerie-, Maschinengewehr- und Infanteriefeuervorbereitung, die den ganzen Tag hindurch bis 6 Uhr abends dauerte, unternahmen die Russen den siebenten innerhalb der letzten zwei Tage angesetzten Angriffe. Schwere Artillerie auf dem linken Donau-Ufer wirkte bei den Angriffen mit. Der Gegner konnte sich unserer Schützengräben auf 300 Schritt nähern, wobei er besonders südlich von Satiskój außerordentlich heftig angriff, wo er in ziemlich dichten Kolonnen vorging. Nichtsdestoweniger wurde der Angriff auf der ganzen Front von unsern unerschütterlichen Regimentern blutig abgewiesen, von denen das tapfere 19. Regiment (Schumen) sich am meisten auszeichnete. An dem Angriff nahmen drei Panzerautomobile teil, von denen zwei durch unser Artilleriefeuer zerstört wurden, das dritte wurde vertrieben. Wir nahmen 132 Soldaten gefangen, die dem 10., 39. und 40. sibirischen Infanterie-Regiment und dem 242. russischen Infanterie-Regiment angehören; die türkischen Truppen erbeuteten ein Panzerautomobil, auf welchem sie 2 englische Offiziere und 6 Soldaten gefangen nahmen.

Mazedonische Front: Unsere Stellungen nordwestlich von Bitolia wurden heftig beschossen. Wir wiesen durch Gegenangriff einen Sturmangriff gegen die Höhe 1248 zurück. Auf den übrigen Abschnitten der Front schwache Artillerietätigkeit.

•

Feindliche Berichte.

Rumänischer Bericht vom 3. Dezember. An der Westgrenze der Moldau und im Norden der Walachei lebhafte Artillerie- und Infanterietätigkeit. Wir haben den Feind an mehreren Punkten angegriffen und ihm 120 Gefangene abgenommen. Im Dambowitzatale keine Veränderung. — Westfront. Auf dem rechten Flügel greift der Feind mit Erbitterung unsere Stellungen an und zwang unsere Truppen, sich gegen Titu zurückzuziehen. Am Glavacioc und Negliow haben unsere Truppen in der Gegend von Graganesti eine türkische Division und in der Gegend von Ghiampazi Mihalesti das Gros der deutsch-bulgarischen Streitkräfte geschlagen, wobei sie sie gegen Süden zurückwarfen. Wir machten Gefangene und erbeuteten Kriegsmaterial. — Südfront. In der Dobrudscha Artilleriebeschießung.

Russischer Bericht vom 2. Dezember. In Siebenbürgen dauern in den Tälern des Trotus, der Sulta, Crebomiasz und Uza die Kämpfe an. Der Feind leistet mit Hartnäckigkeit Widerstand, indem er unsere Abteilungen wieder angreift, die dort eine Höhenreihe genommen hatten. Die Kämpfe in dieser Gegend spielen sich mit unerhörter Erbitterung ab und die Gefangenen werden nur nach Zehnern gezählt. Im Buzeutale machten die Rumänen von neuem einige Fortschritte. — An der Donaufront unternahm der Feind auf den Straßen

von Pitesti nach Bukarest und am Argesflusse

eine Reihe hartnäckiger Angriffe und zwang die nördlich des Argesflusses operierenden rumänischen Abteilungen, sich ein wenig zurückzuziehen. Die Angriffe südlich vom Flusse wurden alle abgeschlagen. Westlich von Bukarest gelang es dem Feinde durch wiederholte Angriffe, die Rumänen gegen den Argesfluß zurückzuwerfen. Südlich von Bukarest wurden alle Angriffe des Gegners abgeschlagen, und die Rumänen warfen im Gegenangriff die deutschen und bulgarischen Truppen aus den Dörfern Comana und Costinari. In der Dobrudscha bemächtigten sich unsere Truppen des Westteils der Eisenbahnbrücke von Cernavoda und zwangen den Feind in der Gegend von Kamakiot und Satisöoj sich nach Süden zurückzuziehen und mehrere Höhen aufzugeben.

Vom 3. Dezember: In Siebenbürgen hatten unsere Angriffe im Tal des Trotus und der Sulta Erfolg. Wir besetzten die Dörfer Assaul und Sulta, machten über achthundert Gefangene und brachten Maschinengewehre ein. Donaufront: Im Tale des Arges dauern die feindlichen Angriffe an. Die Kämpfe haben in dieser Gegend den Charakter einer großen Schlacht angenommen. Unter dem Druck des Gegners ziehen sich rumänische Truppen, die

im Süden von Kavallerie umgangen

worden waren, in südöstlicher Richtung zurück. Die rumänischen Operationen westlich und südlich von Bukarest nehmen dank der Hilfe der eingetroffenen russischen Truppen einen günstigen Verlauf. Die bulgarischen und deutschen Truppen sind gezwungen, sich zurückzuziehen. Wir brachten hier Gefangene und Trophäen in noch nicht gezählter Menge ein. Bis jetzt wurde festgestellt, daß 25 Geschütze erbeutet wurden.

Englischer Bericht aus Saloniki vom 3. Dezember. An der Struma-Front unternahmen unsere Erkundungsabteilungen einen erfolgreichen Ueberfall bei Neochori. Nahe Seres wurde ein feindliches Lager von unseren Flugzeugen mit Bomben beworfen. Es wurde ernstlicher Schaden angerichtet.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 3. Dezember. Amtlicher Heeresbericht.

Im nördlichen Persien, nördlich Sakiz führten wir einen glücklichen Ueberraschungsangriff aus und wiesen erfolgreich einen russischen Gegenangriff ab. Außerdem zogen wir in den Ort Sarlik, 100 Kilometer südöstlich von Hamadan, ein.

Kaukasusfront. Durch einen vom Zentrum unserer Front ausgeführten Ueberfall rückten wir bis in den Rücken der feindlichen Stellung vor. Gleichzeitig wiesen wir vom Gegner unternommene Versuche gegen unseren linken Flügel gänzlich ab.

Dobrudschafront. Unsere Truppen nahmen am 2. Dezember ein feindliches Panzerautomobil mit den es bedienenden zwei englischen Offizieren und sechs Soldaten gefangen. Außerdem erbeuteten sie ein Geschütz und nahmen 250 Mann gefangen.

Nördlich der Donau rücken unsere vor Bukarest stehenden Truppen unter kleinen Scharmützeln vor. Auf den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Lärmszene in der Duma.

Amsterdam, 4. Dezember. (T. U.) Ueber die Eröffnung der Duma wird näher gemeldet: Als Ministerpräsident Trepow die Tribüne bestieg, um im Namen der Regierung eine Erklärung über die allgemeine Lage abzugeben, begann die äußerste Linke eine so lärmende Kundgebung gegen den Ministerpräsidenten, daß dieser dreiviertel Stunden warten mußte, ehe er seine Erklärung abgeben konnte. Trepow bestieg dreimal die Rednertribüne, mußte sie aber immer wieder infolge des Spektakels, den die äußerste Linke machte, verlassen. Um dem Radau endlich ein Ende zu machen, beantragte der Vorsitzende der Duma, daß 12 Sozialisten und Arbeiterabgeordnete, unter denen sich die Führer Tscheidse und Kerenski befanden, auf die Dauer von acht Tagen von den Sitzungen der Duma auszuschließen. Nachdem dieser Antrag angenommen war, konnte Trepow das Wort ergreifen.

Der Seekrieg.

Eingebrachtes Prisenschiff. Aus Hamburg meldet W. T. B.: Der mit Grubenholz von Norwegen nach England bestimmte norwegische Motor-Viermastschoner „Thylholm" ist wegen Beförderung von Bannware von einem deutschen Kriegsfahrzeug angehalten und nach Hamburg eingebracht worden.

Paketpost beschlagnahmt. Die Generalpostdirektion gibt bekannt, daß von dem dänischen Dampfer „Vesta" auf der Reise von Thorshavn nach Kopenhagen, sowie von dem Dampfer „Ceres" auf der Reise von Kopenhagen nach Island, beide also auf inländischer Fahrt, bei der Durchsuchung in Leith die gesamte Paketpost beschlagnahmt wurde.

Versenkt! London, 4. Dezember. Nach Meldungen von „Lloyds" werden als versenkt gemeldet der englische Dampfer „King Bleddyn" (4387 Tonnen), der englische Dampfer „Burcombey", der norwegische Dampfer „Skjolduls", der englische Dampfer „Jstrar".

Die feindlichen Heeresberichte.

Russischer Bericht vom 3. Dezember. Westfront: In der Gegend des Dorfes Tereczkowice südöstlich von Swiniuchi versuchte der Gegner die Offensive zu ergreifen, er wurde aber zurückgeschlagen. An der Bystrzica unternahmen unsere Aufklärer mit Erfolg Streifen in Gegend des Dorfes Kosmacz und machten Gefangene. In den Waldkarpathen machte der Gegner zwei heftige Angriffe auf die Höhe, die wir sechs Werst südwestlich von Worochta besetzt hatten. Er wurde aber gezwungen, sich unter großen Verlusten zurückzuziehen. In der Gegend nordöstlich und östlich von Kirlibaba griff der Feind unsere Abteilungen an. Zwei aufeinanderfolgende Angriffe wurden zurückgeschlagen. — Kaukasusfront: Zwei türkische Bataillone machten einen Angriff auf unsere vorgeschobenen Abteilungen westlich von Ognot. Starke gegnerische Aufklärungsabteilungen suchten südöstlich von Ognot und östlich von Musch vorzudringen. Sie wurden aber durch unser Feuer zurückgeworfen. Ebenso wiesen wir Angriffe türkischer Bataillone **in Richtung Bitlis** ab. Unser Wachtboot beschoß von Wansee aus einen Kameltransport, der nach Vastan marschierte, und zerstreute dreißig Reiter, die von Vastan dem Transport zu Hilfe gekommen waren. In Richtung Hamadan ging ein türkisches Flugzeug in Gegend des Fleckens Scharen achtzig Werst südwestlich Kaswin nieder. Nach vergeblichen Versuchen, das Flugzeug in Bewegung zu setzen, begossen die Flieger es mit Petroleum, verbrannten es und entflohen.

Hibernia und Saarsyndikat.

Der dem preußischen Abgeordnetenhaus zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend den Erwerb der Aktien der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne durch den Staat ermächtigt die Regierung, Stammaktien dieser Gesellschaft im Nennbetrage von insgesamt 32 446 600 Mark und die Vorzugsaktien im Nennbetrage von 10 Millionen Mark zu erwerben und zur Bezahlung des Kaufpreises 4½ prozentzinsige am 31. Dezember 1934 rückzahlbare Schatzanweisungen bis zum Nennbetrage von 98 188 600 M. mit Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1917 ab zu verwenden. Bereits im Jahre 1904 hat die Regierung eine ähnliche Vorlage eingebracht. In erster Linie wollte sie damit ihren Einfluß im Bereich des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus namentlich in bezug auf die Preisbildung rascher und wirksamer verstärken, außerdem wollte sie auf diesem Wege den Bedarf an Brennstoff für Staats- und Reichsbetriebe und -verwaltungen in erhöhtem Maße sicherstellen. Diese Gründe haben nach den Erfahrungen der letzten Jahre nach Ansicht der Regierung nicht nur nichts von ihrem Gewicht verloren, sondern noch eine verschärfte Bedeutung erlangt. Es erscheint ihr notwendig, ihren Einfluß im Bereich des Syndikats noch weiter zu vermehren. Sind dem Staate in dem Syndikatsvertrage auch für gewisse Einzelfälle schon besondere Vorrechte eingeräumt, so ist es nach Meinung der Regierung zur wirksamen Wahrung der wirtschaftlichen Gesamtinteressen doch von wesentlicher Bedeutung, wenn er in Zukunft in allen das Syndikat und den Ruhrbergbau berührenden allgemeinen Fragen nicht nur mit seinem auf dem bisherigen staatlichen Bergwerksbesitz beruhenden Stimmengewicht an den Entscheidungen teilnimmt. Durch den Hinzutritt des Hiberniawerksbesitzes zu dem bisherigen staatlichen, noch in der Entwicklung begriffenen Bergbau wird die Stellung des Staates im Ruhrkohlenbezirk für die nächste Syndikatsdauer um rund das Doppelte verstärkt. Vorbedingung für das Angebot, das unter Vermittlung des Kohlensyndikats die beiden Berliner Bankfirmen, das Bankhaus S. Bleichröder und die Berliner Handelsgesellschaft, der Regierung unterbreitet haben, ist, daß das in der Bildung begriffene rheinisch-westfälische Kohlensyndikat auf freiwilliger Grundlage tatsächlich zustandekommt. Diese Vorbedingung ist erfüllt, und infolgedessen hat die Regierung das Angebot unter Vorbehalt der verfassungsmäßigen Zustimmung des Landtages angenommen.

Die Absichten der preußischen Regierung, im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat erhöhte Geltung zu gewinnen, sind an sich zu billigen. Doch ist damit keineswegs dafür gebürgt, daß sich die Regierung von großen volkswirtschaftlichen Motiven leiten läßt, besonders nicht bei der jetzigen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Nach dem Kriege, wenn es gelten wird, die Staatseinnahmen zu erhöhen, wird die Versuchung an die Regierung herantreten, sich von fiskalischen, nicht volkswirtschaftlichen Interessen leiten zu lassen, sich mehr als Kohlenproduzentin denn als Wahrerin der Gemeinschaft zu fühlen.

Die Erhöhung des Einflusses der preußischen Regierung im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat durch den neuen Syndikatsvertrag und die Erwerbung der Hibernia ist aber noch nicht alles. Die preußische Regierung soll auch mit der Absicht umgehen, ein Syndikat der Saarkohlenzechen zu gründen, das vielleicht mit dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat ein Kartellabkommen zu treffen in der Lage wäre. Im Saarkohlenbergbau spielt der Staat die erste Geige, von ungefähr 17 Millionen Tonnen Gesamtförderung stammen 13 Millionen Tonnen aus seinen Zechen. Neben dem Fiskus ist die Saar- und Mosel-Bergwerks-A.-G., die der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-A.-G. nahesteht, die „Huf"-Aktiengesellschaft für Bergbau und Elektrizität in Straßburg und die Firma Gebr. Stumm im Saarkohlenrevier interessiert. Die unabhängigen Zechen haben sich bei dem bisherigen Zustand recht wohl befunden. In Zeiten drängenden Bedarfes haben die privaten Zechen stets höhere Preise als die fiskalischen erzielt, die sich nicht nur von privatwirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen konnten; in Krisenzeiten nahmen die privaten den fiskalischen Zechen einen Teil ihres Absatzes weg, weil sie die Preise nur um eine Kleinigkeit zu unterbieten brauchten. Wird auch der Saarkohlenbergbau syndiziert und tritt dieses neue Syndikat mit dem rheinisch-westfälischen in nähere Beziehungen, so ist der preisdrückende Wettbewerb völlig ausgeschaltet und die Verantwortung für die Erstellung volkswirtschaftlich angemessener Preise ruht dann mit voller Schwere auf der preußischen Staatsregierung, die das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat zusammengehalten und die Gesamtsyndizierung des westdeutschen Kohlenbergbaues angestrebt hat.

Letzte Nachrichten.

Die englische Kabinettskrise.

Rekonstruktion — aber keine Aenderung der Politik?

London, den 4. Dezember. (W. T. B.) **Asquith sagte in Beantwortung einer Anfrage wegen der Ernennung eines Lebensmittelkontrolleurs: „Der König hat auf den Rat, den ich ihm heute früh gab, einer Rekonstruktion des Kabinetts zugestimmt, und ich glaube, daß alle Fragen über Personen wieder aufgeschoben werden sollten, bis der Umformungsprozeß vollzogen ist. Asquith schlug deshalb vor, daß sich das Haus nach seiner heutigen Sitzung bis Donnerstag vertagt. — Sodann sagte Asquith, er wünsche vollständig klar zu machen, daß, was immer für Veränderungen im Kabinett Platz greifen mögen, dies keine Abweichung von der seit Beginn des Krieges erklärten und befolgten Politik mit sich bringen werde. Wenn irgend jemand glaubt, daß Anzeichen für eine Aenderung der Politik vorhanden seien, so kann ich ihm versichern, daß er vollständig im Irrtum ist. Bonar Law saß während dieser Erklärung neben Asquith in vergnügter Unterhaltung. Lloyd George war nicht anwesend.**

Lord Cecil zur Lage in Griechenland.

London, 4. Dezember. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Unterhaus. Lord Robert Cecil erklärte auf eine Anfrage: die Lage in Griechenland sei außerordentlich ernst. Die britische Regierung sei der Ansicht, daß durch die Angriffe auf Abteilungen der Verbündeten in Athen die Verantwortung des Königs und der Regierung von Griechenland in Mitleidenschaft gezogen sei, und sie erwäge mit den anderen Verbündeten sofortige Schritte, um eine radikale Lösung der Lage, die entstanden ist, zu sichern.

Der Hergang der Athener Ereignisse.

Rotterdam, 4. Dezember. W. T. B. Nach zuverlässigen Nachrichten, die in hiesigen diplomatischen Kreisen vorliegen, haben sich die bereits von anderen Seiten gemeldeten Vorgänge in Athen am 30. November und 1. Dezember in folgender Weise abgespielt:

Nachdem die griechische Regierung die von der Entente verlangte Auslieferung des Kriegsmaterials abgelehnt hatte, stellte Admiral Fournet für die Bewilligung der Entente-Forderungen ein auf acht Tage lautendes Ultimatum, das am 1. Dezember ablief. Am Tage vorher meldeten sich tausend griechische Reservisten freiwillig zur Armee. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember landeten sodann Truppen der Entente sowie italienische Soldaten im Piräus und marschierten gegen Athen vor. Die griechische Armee leistete Widerstand. Es entwickelte sich ein Kampf, der den ganzen ersten Dezember andauerte. Gegen abend bombardierte die verbündete Flotte von Phaleron her die östlichen Stadtteile von Athen. Mehrere Granaten platzten in unmittelbarer Nähe des Königsschlosses, eine davon zwei Meter vom westlichen Portal. Der griechischen Armee gelang es, allmählich die hier und dort verstreuten Truppenteile der Entente festzunehmen. In der Nacht zogen sich dann die Truppen der Entente nach dem Piräus zurück.

Während des Kampfes erschienen die Gesandten der Entente beim König und legten ihm erheblich herabgemilderte Forderungen vor, drohten jedoch, daß im Falle ihrer Ablehnung das Geschwader am nächsten Tage die gesamte Stadt mit Geschützen schwersten Kalibers bombardieren würde. Um die geweihten Stätten der hellenischen Kultur zu retten und die gesamte zivilisierte Welt vor einem unersetzlichen Verluste zu bewahren, sah sich die griechische Regierung gezwungen, die Auslieferung von sechs Gebirgsbatterien anzubieten. Die Vertreter der Entente behielten sich vor, ihren Regierungen hierüber zu berichten.

Während des Kampfes am 1. Dezember hatten die Venizelisten in Athen Unruhen veranstaltet, die sich auch bis zum folgenden Tage ausdehnten, dann aber mit Gewalt unterdrückt wurden.

Die Schweiz und die abgeschobenen Belgier.

Bern, 4. Dezember. (W. T. B.) Der Bundesrat hat der Bundesversammlung einen Bericht über die Initiativbegehren der Kantone Waadt, Genf und Neuenburg erstattet, durch die die Bundesversammlung ersucht wird, den Bundesrat einzuladen, gegen die Verschickung französischer und belgischer Staatsangehöriger bei der deutschen Regierung zu protestieren. Der Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, daß eine Würdigung der geltend gemachten Gesichtspunkte in erster Linie eine genaue Kenntnis der Tatsachen zur Voraussetzung hätte, wie sie nur auf Grund sorgfältiger Erhebungen und Untersuchungen erlangt werden könnte, und daß nur auf Grund einer solchen Feststellung des Tatbestandes durch eine verantwortliche Regierung ein Urteil gefällt oder gar ein Protest erlassen werden könnte. Es könne nicht Sache der Regierung eines neutralen Staates sein, eine solche Untersuchung über behauptete Verletzungen des Völkerrechts anzustellen, es sei denn, daß sie von den Beteiligten darum angegangen werde. Noch viel weniger könne sie ohne eine solche Untersuchung Stellung nehmen und ein Verdikt fällen.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen im Jahre 1915.

Der langandauernde Kriegszustand, der den Mitgliederbestand der Zweigvereine unserer Zentralverbände stark verminderte, ohne daß in dem gleichen Maße eine Einschränkung der Kosten der Sekretariate herbeigeführt werden konnte, gefährdete vielfach den Bestand der Sekretariate, da die zu ihrer Erhaltung notwendigen finanziellen Mittel nicht in gleichem Maße wie vor dem Kriege eingingen. Die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände waren sich jedoch dessen bewußt, daß gerade während des Krieges die Aufrechterhaltung der Sekretariate durchaus notwendig war, sie beschlossen deshalb, diese, wo es die Umstände erforderten, durch Zuschüsse lebensfähig zu erhalten. Dank dieser Beihilfe ist der Bestand an Sekretariaten auf gleicher Höhe wie vor dem Kriegsausbruch geblieben. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Sekretariate der Zentralverbände 129, das Jahr 1915 schließt mit 131 ab, darunter befinden sich 12 Sekretariate des Bergarbeiterverbandes.

Der Kriegszustand hat auf die Tätigkeit der Sekretariate durch Einberufung von Sekretären und dem damit verbundenen häufigen Wechsel der leitenden Kräfte und die Unterbrechung des Geschäftsganges ungünstig eingewirkt. In der Statistik für 1915 kommt die ungünstige Wirkung dadurch zum Ausdruck, daß an dieser von 131 Sekretariaten nur 119 durch Einsendung von Berichten beteiligt sind, die in einigen Fällen auch an unvollständigen Angaben leiden.

Von den an der Statistik beteiligten Sekretariaten werden in der Hauptsache 64 aus Mitteln der Kartelkassen, 29 durch Beiträge der beteiligten Organisationen und 12 durch direkte Beitragsleistung der beteiligten Mitglieder unterhalten. Neben diesen Haupteinnahmen erhalten noch regelmäßige Zuschüsse von der Generalkommission 34, von Parteiorganisationen 29 und von Arbeiterunternehmungen 6 Sekretariate. Beihilfen aus Gemeindemitteln erhielten vier Sekretariate. Elf werden vom Bergarbeiterverbande und zwei Sekretariate von der Generalkommission unterhalten. Die Gesamteinnahme der berichtenden Sekretariate beträgt 588 828 M., der eine Gesamtausgabe von 608 995 M. gegenübersteht. Die Mehrausgabe von 22 567 M. wurde aus den Kassenbeständen gedeckt, soweit Sekretariate eine eigene, vom Kartell unabhängige Kassenführung haben. Die Zuschüsse der Generalkommison belaufen sich auf 53 069 M. und die von Parteiorganisationen auf 10 077 M.

Die 119 berichtenden Sekretariate wurden von insgesamt 535 948 Personen in Anspruch genommen. Bemerkenswert ist die gegen das Vorjahr stark gesteigerte Zahl der weiblichen Auskunftsuchenden. Unter 610 694 Arbeitern, die 1914 die Sekretariate in Anspruch nahmen, befanden sich 143 845 Frauen = 23,6 Proz., während 1915 ihre Zahl 228 077 = 44,6 Proz. betrug. Diese Steigerung der Frequenzziffer der Frauen steht natürlich in Verbindung mit dem Kriegszustand. Vielfach haben Frauen in Kriegsfürsorgesachen die Sekretariate aufgesucht und auch die in erheblichem Umfange erfolgte Heranziehung der Frauen zur beruflichen Tätigkeit wird mit zur stärkeren Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen geführt haben.

Die Gesamtzahl der Auskünfte betrug 568 967, sie steht gegen das Vorjahr um 86 892 zurück. Den größten Teil der Auskünfte, 140 151, betrafen Fragen des bürgerlichen Rechts. Es folgt dann das Gebiet der Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 137 876 Auskünften. Hier ist im Gegensatz zu allen anderen Gebieten eine Steigerung der Zahl der Auskünfte und zwar um 20 438 eingetreten. Es steht diese Erscheinung im Zusammenhang mit der Kriegsfürsorge, an der die Gemeinden hervorragend beteiligt sind. Sicher ist, daß von einem erheblichen Teil Sekretariate Auskünfte über Familienunterstützungssachen von Kriegsteilnehmern unter diesem Titel oder unter „Militärwesen" registriert wurden. Nur 79 Sekretariate machten gesonderte Angaben über Familienunterstützungssachen. Diese Sekretariate verzeichnen zusammen 51 218 solcher Auskünfte.

Schriftsätze wurden insgesamt 167 790 gegen 180 361 im Vorjahre angefertigt.

Ueber persönliche Vertretungen von Rechtssachen vor Aemtern, Gerichten und Verwaltungsbehörden machten von den 119 berichtenden Sekretariaten nur 94 Angaben. Gerade auf diesem Gebiet hat sich der Mangel an damit vertrauten Kräften recht fühlbar gemacht. Die Zahl der im Jahre 1915 ausgeübten Vertretungen steht denn auch mit 4616 weit hinter der des Vorjahres, das 6178 Vertretungen ausweist, zurück. Von den im Jahre 1915 wahrgenommenen Vertretungen wurden 336 vor Versicherungs-, 2245 vor Oberversicherungs- und 295 vor Landesversicherungsämtern ausgeübt. Es fanden ferner vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 793, vor Amtsgerichten 625 und vor Verwaltungsbehörden und -Gerichten 310 Vertretungen statt.

Neben den Sekretariaten kommen dann noch als Rechtsberatungseinrichtungen der Zentralverbände die Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle in Betracht. Gleich wie die Kartelle selbst, so wurden auch die Auskunftsstellen durch den Kriegszustand stark in Mitleidenschaft gezogen. Es liegen Berichte zur Jahresstatistik 1915 nur von 146 Auskunftsstellen vor. Ihre Zahl wird sicherlich größer sein. Mangelhafte Aufzeichnungen der Geschäftsvorgänge, bedingt durch häufigen Wechsel der Vertreter, wird in vielen Fällen die Nichteinsendung eines Berichts verschuldet haben. Nur 121 Auskunfsstellen machten Angaben über Auskunftserteilung.

Die Rechtsberatungseinrichtungen der Zentralverbände haben im weitesten Maße während der Kriegsdauer zum Wohle der Arbeiterschaft gewirkt. Auch im Jahre 1916 war es möglich, die bisher tätigen Arbeitersekretariate aufrechtzuerhalten. Hoffen wir, daß auch bei der weiteren Fortdauer des Krieges ihr Bestand nicht erschüttert wird, und später, wenn erst der mit Sehnsucht erwartete Frieden den Völkern wiedergegeben ist, die Rechtsberatungseinrichtungen der Zentralverbände zu neuer, tatkräftiger Entfaltung kommen werden.

Der Berliner Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1916.

Trotz Beendigung der üblichen Quartalsarbeiten herrschte auch im Berichtsmonat ausgesprochener Arbeitermangel. Die Knappheit an männlichen, besonders gelernten Arbeitern machte sich in den wichtigen Großstadtindustrien, der Metall- und Maschinenindustrie, dem Holz- und Baugewerbe und in dem Verkehrs- und Transportwesen bemerkbar. In den Arbeitsnachweisen entfielen auf 100 offene Stellen nur 85 Arbeitsuchende, gegen 100 in der gleichen Zeit des Vorjahres und 81 im Vormonat. Bei den weiblichen Arbeitskräften gleicht sich Angebot und Nachfrage fast aus; wenn auch infolge Rohstoffmangels die Heimarbeit nachläßt, bietet sich genügend Arbeitsgelegenheit in den Munitionsfabriken, im Metallgewerbe und darauf kann der große Dienstbotenmangel zurückgeführt werden. Sehr lebhafte Nachfrage bestand nach Erdarbeiterinnen. Die Löhne für weibliche Arbeitskräfte haben im Vergleich zum Vorjahr um 30 Proz. angezogen. Die Mitgliederzahlen der Krankenkassen sind bei den Frauen auf rund 400 000 gestiegen, bei den Männern haben sie sich auf der Höhe des Vormonats gehalten. In Einklang damit sind auch die besseren Einnahmen der Landesversicherungsanstalt Berlin aus Markenbeiträgen zu bringen. Von 191 Kriegsbeschädigten wurden 110 in Stellungen untergebracht.

Teuerungszulagen für städtische Arbeiter.

Den in der Kanalisation, der Drainage, den Pumpstationen und der Bauverwaltung der **Stadt Berlin** beschäftigten Arbeitern und Handwerkern wird nach einem Beschluß der städtischen Körperschaften zu der bisherigen Teuerungszulage eine weitere Zulage in Höhe von 50 Pf. täglich, und zwar mit rückwirkender Kraft ab 1. Jun gezahlt. Die Anweisung zur Auszahlung der fälligen Beträge wird sofort erfolgen.

Forderungen der Gemeindearbeiter in Neukölln.

Am Freitag abend fanden im Sitzungssaale des Rathauses zu **Neukölln** unter Vorsitz des Herrn Stadtrat Dr. Mann mit den Vertretern der Arbeiterausschüsse und unter Hinzuziehung des Vorsitzenden des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, des Genossen Fritz Müntner, Verhandlungen über die von den Arbeitern gestellten Forderungen statt. Diese Verhandlungen konnten naturgemäß nur einen vorbereitenden und informatorischen Charakter tragen. Der Verlauf der Sitzung läßt aber den Schluß zu, daß man im Rathause die Notwendigkeit der Arbeiterforderungen anerkennen und entsprechend berücksichtigen wird. Jedenfalls erklärte der Stadtrat Dr. Mann alles zu tun, um die Erledigung der Angelegenheit zu beschleunigen. Schon die am Mittwoch stattfindende Sitzung des Magistrats wird sich mit der Sache zu befassen haben. Wir geben dem Wunsche Ausdruck, daß der Magistrat und die Stadtverordneten die Wünsche der Arbeiter befriedigen wird, denn Unmögliches ist es nicht, was von ihnen verlangt wird.

Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und die Gelben. Zu unserer Notiz über das Rundschreiben der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, das zur Kontozeichnung für die Wirtschaftsfriedlichen aufforderte, teilt uns der Kartellverband deutscher Werkvereine (Sitz Berlin) mit, daß er und die ihm angeschlossenen Werkvereine mit dem „Hauptausschuß nationaler Arbeiterverbände" nicht das geringste zu tun haben und weder von der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände noch von irgend einem anderen Arbeitgeberverband jemals irgend eine „Entschädigung" oder sonst ein Geldgeschenk in irgend einer Form erhalten haben noch auch in Zukunft zu erhalten wünschen. Die dem Kartellverband angeschlossenen Werkvereine seien also nach wie vor berechtigt zu behaupten, daß sie aus der Arbeiterschaft hervorgegangen sind, und zu bestreiten, daß hinter ihrer Gründung Unternehmerverbände stehen.

Soziales.

Die „hohen" Löhne.

ssc. Die Erzählungen von den märchenhaft gestiegenen Löhnen der Arbeiter spielen eine so große Rolle in den verschiedensten sozialpolitischen Erwägungen, daß es von Zeit zu Zeit gut ist, diese phantastischen Vorstellungen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Es ist gewiß nicht zu bestreiten, daß in einzelnen Industriezweigen hohe Löhne verdient werden, die große Masse der Arbeiter ist aber unberührt davon. Für sie hat sich zwar eine durchschnittliche Verbesserung der Lohnverhältnisse gegenüber der Friedenszeit ergeben, die aber auch nicht entfernt der ungeheueren Steigerung aller Preise entspricht. Einen unangreifbaren Beweis dafür liefern die von der Leipziger Ortskrankenkasse im „Reichs-Arbeitsblatt" veröffentlichten Lohnstatistiken.

Wir wollen in Nachstehendem die im 3. Quartal der Jahre 1913, 1915 und 1916 gezahlten Löhne für die männlichen Pflichtmitglieder einander gegenüberstellen; dabei ist zu berücksichtigen, daß die drei obersten Klassen 1913 noch in einer Klasse zusammengefaßt waren. Die immer stärker werdende Besetzung dieser Klasse ließ eine Differenzierung als notwendig erscheinen. Es ergeben sich folgende Verhältniszahlen:

Von 100 männlichen Pflichtmitgliedern befinden sich in den folgenden Beitrags- (Lohn-) Klassen:

September	1913	1915	1916
I. 5.51 M. und mehr	55.7	42.7	42.6
II. 5.01—5.50 M.		11.1	8.2
III. 4.51—5.00 M.		10.9	10.5
IV. 4.01—4.50 M.	11.1	6.3	6.6
V. 3.51—4.00 M.	10.8	4.8	5.2
VI. 3.26—3.50 M.	3.5	3.2	2.2
VII. 2.51—3.25 M.	5.3	2.6	3.6
VIII. 2.50 und weniger	3.8	6.9	8.1
IX. Jugendl. mit weniger als 1,50 M. und Kinder unter 14 Jahren	9.8	11.5	28.0

Den obersten drei Klassen (Tagesverdienst über 4,51 M.), die 1913 55,7 Proz. aller männlichen Pflichtmitglieder umfaßten, gehörten 1915 64,7 Proz. und 1916 61,3 Proz. an. Demnach hätte von 1915 bis 1916 sogar ein prozentualer Rückgang in der Besetzung der höheren Lohnklassen stattgefunden. Dieser ist jedoch nur ein scheinbarer, da gleichzeitig der Anteil der Jugendlichen und Kinder an der Gesamtzahl der Versicherten gewachsen ist. Gemessen an der Zahl der versicherten erwachsenen Arbeiter ist der Anteil der höheren Lohnklassen etwa der gleiche geblieben. Der gleiche! — und dabei sind seit dem Vorjahr die Lebensmittelpreise mindestens auf das Doppelte gestiegen. Verglichen mit der Friedenszeit hat also eine um etwa ein Sechstel stärkere Besetzung der drei obersten Lohnklassen stattgefunden. Daß sich mit dieser geringfügigen Verbesserung nicht das Gerede von der „glänzenden Lage" der Arbeiterschaft während des Krieges vereinbaren läßt, liegt auf der Hand. Die Gesamtzahl der männlichen Pflichtmitglieder betrug 1913: 130 640, 1914: 68 501, 1915: 62 444.

Das gleiche Bild zeigt die Entwickelung der weiblichen Arbeitslöhne. Insgesamt ist der Anteil der weiblichen Mitglieder in der Krankenversicherung trotz nur geringfügiger Verschiebungen der absoluten Ziffern gewaltig gestiegen. Die Leipziger Kasse, die 1913: 60 194 weibliche Mitglieder oder 31,6 Proz. der Gesamtzahl zählte, hatte deren 1915: 54 286 oder 44,1 Proz. und 1916: 60 667 oder 49,3 Proz. Von diesen Mitgliedern waren in den obersten 4 Klassen (Tagesverdienst über 4 M.) versichert im September 1913: 3 Proz., 1915: 5,4 Proz. und 1916: 6,4 Proz. Ueber 5,50 M. verdienten im September d. J. 1,7 Proz., im Vorjahr 1,4 Prozent.

Dagegen hatten einen Lohn von nur 1,51 bis 2,50 M. im Jahre 1913: 48,4 Proz., 1915 und 1916 aber immer noch 37,7 und 38,6 Prozent. Die Zahl der noch weniger verdienenden erwachsenen Arbeiterinnen ist aus der der Jugendlichen und Kinder bei dieser Statistik nicht herauszuschälen. Bei den weiblichen Arbeitern kann als noch weniger wie bei den männlichen davon die Rede sein, daß die Verbesserung der Löhne auch nur entfernt gleichen Schritt gehalten hätten mit der Verteuerung der Lebenshaltung.

Es wäre besser, wenn bei Reden und Begründungen oft so einschneidender wirtschaftspolitischer Maßnahmen diese nüchternen und ungeschminkten Zahlen herangezogen würden, statt der Hinweise auf gewisse Renommierfälle, die für die Gesamtlage der Arbeiterschaft in dieser schweren Zeit ganz ohne Bedeutung sind.

Selbstmord nach Empfang des Entlassungsbriefes.

Die Frage des Anspruchs auf Sterbegeld bei Selbstmord unterlag in folgendem Falle der Entscheidung des Reichsversicherungsamts: Eine Kontoristin K. hatte durch Brief ihre sofortige Entlassung erhalten. Unmittelbar nach Empfang des Entlassungsschreibens vergiftete sie sich. Die Weigerung der Ortskrankenkasse, der Mutter Sterbegeld satzungsgemäß zu zahlen, wurde vom 2. Revisionssenat des Reichsversicherungsamts für berechtigt angesehen, weil die Selbstmörderin mit dem Augenblick des Empfanges des Entlassungsschreibens nicht mehr als Kassenmitglied zu gelten habe. Einer besonderen Annahme der Kündigung, so heißt es in der Begründung, bedarf es nicht. Als sich die Tochter nach Erhalt des Schreibens das Leben nahm, stand sie mithin nicht mehr in einem versicherungspflichtigen Dienstverhältnis. Auch für den Rest des Todestages gelte sie nicht mehr als versicherungspflichtig.

Aus Industrie und Handel.

Riesengewinne der norwegischen Fischer.

Die amtlichen Mitteilungen über die norwegische Fischerei in den Jahren 1914, 1915 und 1916 weisen für die Vollherings-, Frühjahrsherings- und Kabeljaufischerei folgende Zahlen über Menge und Wert der frischen Ware aus:

Vollheringsfischerei.			
1916:	639 953	maal (150 l) im Werte von etwa	31 300 000 Kr.
1915:	508 000	„ „ „ „ „ „	6 404 000 „
1914:	220 000	„ „ „ „ „ „	3 300 000 „
Frühjahrsheringsfischerei			
1916:	508 000	maal . . . im Werte von etwa	39 840 000 Kr.
1915:	703 700	„ „ „ „ „ „	6 520 500 „
1914:	717 000	„ „ „ „ „ „	2 545 000 „
Kabeljaufischerei:			
1916:	51,4	Millionen Stück im Werte von etwa	75 000 000 Kr.
1915:	66,8	„ „ „ „ „ „	35 000 000 „
1914:	81,5	„ „ „ „ „ „	31 000 000 „

Der Gesamtmehrerlös der norwegischen Fischerei beträgt 100 Millionen Kronen (165 Millionen Mark). Der reine Mehrgewinn ist freilich geringer, weil die Betriebsunkosten sehr gestiegen sind. Trotzdem bleibt den norwegischen Fischern ein stattlicher Mehrgewinn als schönes Andenken an den Weltkrieg.

Amerikanisches Kapital in China.

China hat durch Vermittlung seiner Gesandtschaft in Washington mit der Continental and Commercial Nationalbank von Chicago eine Anleihe im Betrage von 5 Millionen Dollar (Gold) abgeschlossen. Lansing hat der Nationalbank geschrieben: „Mein Staatsdepartement begrüßt es immer, wenn die Republik China finanzielle Unterstützung von Bürgern der Vereinigten Staaten erhält. Jetzt wie auch in der Vergangenheit ist es die Politik meines Departements, legitimen Unternehmungen amerikanischer Bürger im Auslande jeden geeigneten diplomatischen Beistand und Schutz zu gewähren."

Vor kurzem haben die American International Company und die Liems-Carey Railway and Canal Company mit der chinesischen Regierung einen Vertrag geschlossen, wonach sie Bauten von 1100 Meilen im Werte von 60 Millionen Dollar übernehmen. Dagegen sollen Rußland und Japan protestiert haben: Rußland, weil durch die neue Konzession ein vor achtzehn Jahren mündlich gegebenes Versprechen der chinesischen Regierung verletzt werde, wonach allein Rußland Eisenbahnen in der Nähe der Mongolei bauen könne; Japan, weil es einen Einbruch in die durch die Vertreibung der Deutschen aus Schantung erworbenen Interessensphäre durch die Amerikaner annimmt. Aber da die Yankees viel Geld haben, die mißgünstigen Protestler aber keines, werden die Nordamerikaner wohl ihren Platz in China behaupten.

Weltzuckerernte.

Die „Deutsche Zuckerindustrie" veröffentlicht folgende Ernteschätzung, bei der die Vorräte aus den früheren Jahren außer Ansatz geblieben sind (in Tonnen):

	1916/17	1915/16	1914/15	1913/14
Deutschland . . .	1 500 000	1 512 000	2 600 000	2 718 000
Oesterr.-Ungarn.	978 000	939 000	1 602 300	1 688 300
Frankreich	180 000	150 700	336 600	781 000
Rußland	1 300 000	1 671 000	1 977 600	1 688 000
Belgien	130 000	118 100	204 000	229 000
Holland	270 000	242 800	302 500	231 400
Schweden	118 000	127 300	154 100	137 200
Dänemark	130 000	125 200	158 000	145 700
Andere Länder . . .	250 000	300 010	367 000	542 800
Europäisch. Rübenzucker zusammen	4 856 000	5 181 100	7 697 100	8 161 400
Rohzucker-Ernten*) . .	11 425 000	10 514 000	10 165 600	9 893 000
Verein. Staaten Rübenzucker*)	846 000	779 800	646 300	655 300
Kanada	14 000	17 600	12 500	10 000
zusammen . . .	17 141 000	16 492 500	18 521 500	18 719 700

*) Nach Willet u. Gray.

Die Versorgung der Verbandsländer und der Vereinigten Staaten ist durch die große Rohrzuckernte Kubas und Javas wesentlich erleichtert.

Rußlands Baumwollernte und Baumwollverarbeitung.

Die russische Kolonialtätigkeit kann einen großen Erfolg verzeichnen. Im Wirtschaftsjahr 1915/16 sind in Mittelasien und dem Kaukasus 20 bis 22 Millionen Pud Baumwolle geerntet worden gegen 14 bis 16 Millionen früherer Ernten. Damit können 80 Proz. des russischen Baumwollbedarfes gedeckt werden, während früher 50 Proz. aus den Vereinigten Staaten bezogen werden mußten. Aus Mittelasien stammen 18,4 Millionen Pud, aus dem Kaukasus 2 Millionen Pud.

Ueber die Verarbeitung der Baumwolle gibt folgende Statistik Aufschluß:

	Spindeln	1000 Pd
Moskauer Gebiet in 73 Manufakturen . .	5 999 660	15 864
Petersburg-Baltisches Gebiet in 20 Manufakturen	1 802 399	2 668
Finnländisches Gebiet in 6 Manufakturen .	226 158	475
Uebrige Gebiete in 4 Manufakturen . .	93 816	139
Im ganzen 103 Manufakturen	8 122 033	19 146

Die Garnherstellung des Weichselgebiets, das von den deutschen Truppen besetzt ist, wird auf annähernd $2^1/_2$ Millionen Pud veranschlagt.

Der norddeutsche Zementverband.

Der norddeutsche Zementverband, dessen Bildung wir kurz meldeten, wird 50 Werke mit einem Absatzkontingent von 24 Millionen Faß umschließen und in folgende sechs Gruppen zerfallen: Unterelbe, Hannover, Mitteldeutschland, Berlin, Schlesien, Stettin. Unter den neu beigetretenen bisherigen Außenseitern seien erwähnt: Thyssen, Hochofenwerk „Norddeutsche Hütte" in Bremen, Lübecker Hochofenwerke, Zementwerk „Teutonia". Nach dem „Börsen-Courier" ist der Zusammenschluß abhängig von einer Einigung mit den Nachbarverbänden über die Abgrenzung der Verkaufsgebiete.

Weitere Steigerung der Devisenkurse.

Die kräftige Hausse ausländischer Zahlungsmittel will noch immer nicht aufhören. Es wurden in Mark geboten für

	4. Dez.	2. Dez.
1 Dollar	5,64	5,64
100 holl. Gulden . .	$236^1/_4$	$235^1/_4$
100 dän. Kronen . . .	$161^1/_2$	$160^1/_2$
100 schwed. Kronen . .	$169^1/_4$	$168^1/_4$
100 norw. Kronen . .	$164^3/_4$	$163^3/_4$
100 schweiz. Frank . .	$114^1/_2$	$113^1/_2$
100 österr. Kronen . .	66,55	67,05

Nur die Krone ist weiter gesunken.

Grubenholzmangel. Im „Börsen-Courier" wird verlangt, daß die Regierung zur Beseitigung des empfindlichen Grubenholzmangels einen Grubenholzeinschlag in den Staatsforsten anordnet.

Ein Syndikat der Kalkindustrie wird geplant.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zeitweise aufklarend, jedoch kühl und vorwiegend trübe mit wiederholten im allgemeinen geringen Niederschlägen.

Verantw. Redakt.: Dr. Franz Diederich, Friedenau. Inserate verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsbl.

Der preußische Wohnungsgesetzentwurf.

Von Paul Hirsch.

Der preußische Entwurf zur Regelung des Wohnungswesens, der soeben veröffentlicht wird — nach den Vorlagen von 1904 und 1913 die dritte seiner Art —, weist immerhin einen bedeutsamen Fortschritt auf. Die Regierung beantragt, daß ihr zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit ein Betrag von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wird, der zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei

gemeinnützigen Bauvereinigungen

zu verwenden ist, und sie kündet weiter eine besondere Vorlage an, die die Bereitstellung staatlicher Mittel zur Uebernahme der Gewähr für zweite Hypotheken gemeinnütziger Bauvereine in Aussicht nimmt. Was die Regierung zur Begründung dieser Maßnahme, die zweifellos den Widerstand weiter Kreise von Hausbesitzern und Bauunternehmern entfesseln wird, anführt, ist ein einziger Lobgesang auf die Erfolge der gemeinnützigen Baugesellschaften.

Auch die Sozialdemokratie hat sich bekanntlich wiederholt für die staatliche und gemeindliche Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften ausgesprochen, hat aber daran stets die Bedingung geknüpft, daß Vorsorge getroffen werden muß, daß die Häuser nicht in den Besitz der einzelnen Genossenschaftler übergehen. Der Wert der Wohnungen in Genossenschaftshäusern — darin pflichten wir der Regierung bei — ist darin zu erblicken, daß diese Wohnungen, für die in der Regel sowohl die Kündigung als auch die Mietssteigerungen ohne ganz besonderen Grund ausgeschlossen sind, den Charakter eines eigenen Heims tragen, was namentlich für kinderreiche Familien von besonderer Bedeutung ist. Richtig ist es auch, daß ein nachteiliger Einfluß auf die Betätigung des privaten Baugewerbes in der Herstellung von Kleinwohnungen nach den bisherigen Erfahrungen von der gemeinnützigen Bautätigkeit nicht zu befürchten ist, da sie im Hinblick auf die Schwierigkeit, die geeigneten organisatorischen Kräfte und eine Betätigung des Interesses der Nächstbeteiligten zu finden sowie das erforderliche Kapital zu beschaffen, nur dort ergänzend einzusetzen und fortgeführt zu werden pflegt, wo das Bedürfnis nach preiswerten, guten kleinen Wohnungen nicht in anderer Weise befriedigt wird. Mit Recht heißt es, daß die Beschaffung der erforderlichen Gelder für die Bauvereine schon vor dem Kriege vielfach und in wachsendem Maße auf Schwierigkeiten gestoßen ist, die sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen und für absehbare Zeit noch erhöhen werden. Mit der in Aussicht genommenen finanziellen Unterstützung der gemeinnützigen Bautätigkeit durch den Staat folgt die Regierung übrigens einem bei der Beratung des Entwurfs von 1913 in der Kommission des Abgeordnetenhauses von verschiedenen Seiten geäußerten Wunsche, der sich auch zu Anträgen verdichtet hat, die aber damals sowohl von der Mehrheit der Kommission als auch von der Regierung bekämpft wurden. Wir wollen wünschen, daß den Anträgen jetzt ein besseres Geschick beschert ist und daß sich auch die Hoffnung erfüllt, daß sich der Staat mit einzelnen Kommunalverbänden zu Bauvereinigungen zusammenschließt, die die Förderung des Kleinwohnungswesens in einem bestimmten Bezirk zu ihrer dauernden Aufgabe machen.

Wie bereits die früheren Entwürfe der preußischen Regierung, so sieht auch der neue Entwurf in erster Linie Maßnahmen zur

Erschließung von Baugelände

vor. Die Befriedigung des Bedarfs an kleinen Wohnungen, wie die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses überhaupt, ist namentlich in den größeren und in den schnellwachsenden Gemeinden heute vorwiegend auf die spekulative Tätigkeit der gewerbsmäßigen Bauunternehmung angewiesen, welche die Wohnhäuser auf Vorrat herstellt, um sie demnächst weiter zu veräußern. Um die Zahl der Kleinwohnungen zu vermehren, erscheinen der Regierung daher vornehmlich Maßnahmen geboten, welche die heute der Errichtung kleiner preiswerter Wohnungen durch die private Bauunternehmung erschwerend entgegenstehenden Ursachen nach Möglichkeit beseitigen und auf die Bauunternehmer einen nachhaltigen Anreiz ausüben, mehr als bisher Häuser mit kleinen Wohnungen herzustellen.

Das sucht der Entwurf in seinen ersten beiden Artikeln zu erreichen, und zwar auf dem Wege einer Reihe von Aenderungen des Fluchtliniengesetzes. Zunächst soll das Gesetz dahin geändert werden, daß die Möglichkeit gegeben wird, Baublöcke von angemessener Tiefe und Straßen von geringerer Breite entsprechend dem verschiedenartigen Wohnungsbedürfnis zu schaffen, und daß durch die Festsetzung der Fluchtlinien Baugelände entsprechend dem Wohnungsbedürfnisse der Bebauung erschlossen wird. Die Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß es dadurch möglich sein wird, den Bodenpreis im Stadtinnern, der infolge der hohen Straßenkosten und der vielgeschossigen Bauweise in eine Höhe getrieben ist, wieder zu senken. Eine Ergänzung hierzu bildet eine weitere Vorschrift, wodurch eine rechtlich völlig zweifelsfreie Unterlage für den Erlaß abgestufter Bauordnungen geschaffen wird und wonach, sofern die Verhältnisse es erfordern, durch Polizeiverordnungen abgestufte Vorschriften für die Herstellung und Unterhaltung der Ortsstraßen je nach deren Bestimmung (Hauptverkehrsstraßen, Nebenverkehrsstraßen, Wohnstraßen, Wohnwege usw.) gegeben werden sollen. Ferner beabsichtigt der Entwurf, die in vielen Gemeinden herrschende Bodenzersplitterung zu beseitigen, die der Bautätigkeit hemmend entgegensteht, steigernd auf die Bodenpreise wirkt und es dem einzelnen Grundbesitzer ermöglicht, die Aufschließung und Bebauung größerer Teile des Baugeländes dauernd zu verhindern und die daneben noch die unerwünschte Wirkung hat, daß sie häufig zu unzweckmäßigen und den gesundheitlichen Anforderungen nicht entsprechenden Bauten führt.

Eine wichtige Frage, die der Entwurf zu regeln anstrebt, ist die des sogenannten

kommunalen Bauverbots,

d. h. des Rechtes der Gemeinden, den Anbau an unvollendeten Straßen zu hindern. Wenn auch die Gemeinden im allgemeinen von diesem Recht einen angemessenen Gebrauch gemacht haben, so hat doch in anderen Fällen das kommunale Bauverbot zu einer ungerechtfertigten Begünstigung von steuerkräftigen und zum Ausschluß von steuerschwachen Anwohnern geführt. Dem soll durch eine Zusatzbestimmung zum Fluchtliniengesetz entgegengetreten werden, wonach von dem Verbot des Bauens Dispens erteilt werden kann, falls ein Bedürfnis für Klein- und Mittelwohnungen besteht, begründete Aussicht vorhanden ist, daß der Eigentümer diesem Bedürfnisse durch den Bau entsprechender, gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen Rechnung trägt, und falls kein überwiegendes berechtigtes Gemeindeinteresse entgegensteht.

Einen Fortschritt bedeutet die Einfügung einer weiteren Bestimmung in das Baufluchtgesetz, die eine Begünstigung von Kleinhausstraßen durch Ermäßigung der Anliegerbeiträge ermöglicht. Allerdings werden den Gemeinden daraus Ausfälle erwachsen, aber diese Ausfälle sind nicht allzu erheblich und sie können durch Sparsamkeit beim Straßenausbau sehr wohl wieder wettgemacht werden.

Eine große Bedeutung messen wir dem Erlaß von Wohnungsordnungen und der Einführung der

Wohnungsaufsicht

zu. In dieser Beziehung versagt der Entwurf leider so gut wie völlig. Die gesetzliche Verpflichtung zur Regelung der Wohnungsbenutzung ist auf Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und die gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung eines besonderen Wohnungsamtes auf Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern beschränkt worden. In dieser Beziehung ging der Entwurf vom Jahre 1904 weiter, denn er sah für alle Orte mit schneller wachsender Bevölkerung allgemein Mindestanforderungen hinsichtlich der Benutzung von Gebäuden zur Unterbringung von Menschen vor. Er beschränkte die obligatorische Einführung der Wohnungsordnungen zwar auch auf Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und die der Wohnungsaufsicht auf Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern, erkannte aber an, daß ein Bedürfnis nach Einführung einer Wohnungsaufsicht auch für Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern vorliegen könne und wollte deshalb für solche Gemeinden die zuständigen Minister ermächtigen, die Errichtung eines Wohnungsamts anzuordnen.

Bedauerlich ist es auch, daß der Entwurf keinerlei zwingende Vorschriften über den Inhalt der Wohnungsordnungen gibt, sondern sich damit begnügt, anzuführen, was durch die Wohnungsordnungen vorgeschrieben werden kann. Sollen Wohnungsordnungen ihren Zweck erfüllen, dann darf ihr Inhalt nicht in das Belieben untergeordneter Organe gestellt, sondern dann muß er von vornherein gesetzlich festgelegt werden, denn sonst besteht die große Gefahr, daß wir zwar Vorschriften haben, die sich auf dem Papier wunderschön ausnehmen, daß aber in der Praxis alles beim alten bleibt. Völlig ungenügend sind auch die besonderen Vorschriften über die Unterbringung von Arbeitern. Es heißt lediglich, daß durch Polizeiverordnungen, durch welche die Unterbringung von Arbeitern geregelt wird, Mindestanforderungen hinsichtlich der Beschaffenheit, Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der Unterkunftsräume und ihres Zubehörs festgesetzt, sowie die zur Durchführung der Bestimmungen erforderlichen Vorschriften, insbesondere hinsichtlich der Anzeigen, Aushänge usw. vorgesehen werden können. Also kein Wort darüber, wie diese Mindestanforderungen beschaffen sein sollen, kein Wort über die Art der Einrichtung, Ausstattung und Unterhaltung der Unterkunftsräume, sondern nur dehnbare Bestimmungen, und im übrigen soll alles der Polizei überlassen werden. Ein Wohnungsgesetz, das der Polizei so weitgehende Befugnisse einräumt, wie es der Regierungsentwurf tut, kann sich leicht zu einem Polizeigesetz im schlimmsten Sinne des Wortes herauswachsen.

In der Kommission des Abgeordnetenhauses vom Jahre 1913 haben die Vertreter der Sozialdemokratie sich große Mühe gegeben, insbesondere die Artikel über die Wohnungsordnungen und die Wohnungsaufsicht so zu gestalten, wie es dem Bedürfnis der Arbeiterklasse entspricht. Alle ihre Anträge sind abgelehnt worden, ihre Bemühungen waren vergeblich. Bei der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ist von ähnlichen Anträgen auch jetzt wieder kaum etwas zu erwarten. Dies Verhalten der Mehrheit der Kommission und der Regierung berechtigt uns zu der Forderung, daß, wenn es nicht gelingt, die ganze Wohnungsfrage reichsgesetzlich zu regeln, zum mindesten doch versucht werden sollte, das wichtige Gebiet der Wohnungsordnungen und der Wohnungsaufsicht dem Reiche zu übertragen. Von Preußen aus — das hat die Erfahrung gelehrt — sind in dieser Beziehung irgendwelche Fortschritte nicht zu erwarten.

Politische Uebersicht.

Bundesrat.

Der Bundesrat hat gestern den vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Gesetzes betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst die Zustimmung erteilt.

Abgeordnetenhaus.

Anträge zur Volksernährung.

Am Montag hielt das Preußische Abgeordnetenhaus nach längerer Pause wieder eine Plenarsitzung ab, die aber trotz umfangreicher Tagesordnung nur etwas über eine Stunde in Anspruch nahm. Der Grund ist darin zu erblicken, daß die an letzter Stelle auf der Tagesordnung stehenden Anträge der verstärkten Staatshaushaltskommission betreffend Ernährungsfragen nicht mehr zur Beratung kamen.

Das Haus nahm in erster und zweiter Beratung den von uns inhaltlich bereits mitgeteilten Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes an und erteilte den auf Grund des Art. 63 der Verfassung erlassenen Verordnungen betreffend Abänderung des Verzeichnisses der Wasserläufe erster Ordnung und betreffend Verschiebung der regelmäßigen Ergänzungswahlen zu den Gemeindevertretungen seine Zustimmung.

Mit der Beratung der Anträge über Ernährungsfragen wird am Dienstag begonnen. Auch der Mittwoch ist für diese Frage in Aussicht genommen. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion sind zu den Anträgen der Staatshaushaltskommission acht Abänderungsanträge eingebracht. Diese Anträge beziehen sich auf eine Erhöhung der wöchentlichen Fleischration auf 400 Gramm allgemein und auf 500 Gramm für Schwerarbeiter, auf Herabsetzung der Preise für Fleisch aller Art, Fett und sonstiger Erzeugnisse der Viehhaltung, auf Herabsetzung der Preise für Fische und Einbeziehung aller Arten Fleisch, Wild, Geflügel und Fische in die öffentliche Bewirtschaftung, auf Sicherstellung der Kartoffelernte durch reichlichere Zufuhren der Städte- und Industriebezirke, auf einheitliche Regelung und Herabsetzung der Preise für Kohl, Kohlrüben, sonstiges Gemüse und Obst, auf Beschlagnahme der Zwiebeln und endlich auch Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter mit den gewerblichen Arbeitern in rechtlicher Beziehung.

Eine Lehre.

In der Generalversammlung des Kreises Spandau-Osthavelland soll ein Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt werden. Von 31 Vertretern stehen 14 zur Parteimehrheit, der Rest ist fast zu gleichen Teilen unter die Arbeitsgemeinschaft und die Spartakusgruppe gespalten. Das Resultat einer Abstimmung würde also zunächst Stichwahl zwischen Mehrheit und einer der Oppositionsgruppen sein.

Da verfällt die Opposition auf einen genialen Ausweg. Sie beschließt vorweg mit ihren gesamten 17 gegen die 14 Mehrheitsstimmen, daß kein Mehrheitskandidat aufgestellt werden soll. Dann erst stimmt man ab, und siehe, der Mehrheitskandidat erhält 14, der der Arbeitsgemeinschaft 8 und der der Spartakusgruppe 9 Stimmen. Letzterer soll nun, da die 14 Mehrheitsstimmen einfach nicht gerechnet werden, gewählt sein. Offenbar hält man es in Minderheitskreisen für ein demokratisches Prinzip, daß ein Kandidat, der 9 von 31 Stimmen, also etwa ein Viertel aller Stimmen erhält, dem Willen der Versammlung entspricht.

Wir berichten über diesen seltsamen Wahlakt ausführlich an anderer Stelle. Hier heben wir ihn hervor, weil er im Kleinen ein getreues Spiegelbild dessen gibt, was die Parteiopposition im Großen taktisch erreichen will. Weder Arbeitsgemeinschaft noch Spartakusgruppe können damit rechnen, für sich allein die Mehrheit in der Partei zu erhalten. Darum heißt für sie die Parole: zunächst einmal gemeinsam die alte Mehrheit beseitigen. Damit hat zwar dann noch keine der beiden Gruppen das Parteiheft in Händen, aber die Möglichkeit es zu bekommen — wenn sie nämlich nunmehr auch noch die rivalisierende Oppositionsgruppe aus dem Feld schlägt.

Mit anderen Worten: die Taktik der Opposition läuft darauf hinaus, den Parteistreit in die Unendlichkeit zu verlängern. Denn angenommen, es gelänge (was wir nicht glauben), die bisherige Parteimehrheit zu stürzen, so wäre damit noch lange kein Parteifrieden da, sondern es würde nun erst ein wüster Kampf um ihr Erbe zwischen Arbeitsgemeinschaft und Spartakusgruppe losgehen. Und das Resultat — Spandau-Osthavelland lehrt es, wo infolge dieser Taktik 9 Mann von 33 den Kandidaten aufstellen, also tatsächlich 9 Mann 22 überstimmen: es heißt Herrschaft eines kleinen Bruchteils über die Gesamtpartei — im Namen der Demokratie!

Der Weg ins größere Deutschland.

Den Weg ins größere Deutschland haben die „Alldeutschen Blätter" gesucht und gefunden. An den Kanal müssen wir so weit heran, daß für uns von dort aus „eine weitgehende Freiheit des operativen Handelns" gesichert ist. Belgien soll angegliedert (nicht einverleibt) werden. Die Rückgabe des besetzten nordfranzösischen Gebiets schließt sich von selbst aus. Im Osten nehmen wir die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen und die Ukraine. Außerdem schaffen wir ein mittelafrikanisches Kolonialreich und Flottenstützpunkte, für deren Auswahl sich der Alldeutsche Verband noch freie Hand vorbehält. Was Oesterreich und Bulgarien nehmen wollen, haben sie selbst zu bestimmen, die Türkei aber kriegt Aegypten, ob sie will oder nicht.

Die „Alldeutschen Blätter" versichern, daß sie „keine deutsche Weltherrschaft" erstreben. Darum verlangen sie auch nur Kleinigkeiten.

Leichtfertige Ratgeber.

Die „Arbeiterpolitik", ein von der Spartakusgruppe Bremen gegründetes Oppositionsblatt, befaßt sich in ihrer letzten Nummer ausgiebig mit der Haltung, welche die Arbeiterklasse im Kriege einzunehmen habe, und kommt zu dem Schluß, daß das Proletariat unentwegt den Klassenkampf gegen die eigene Regierung fortsetzen müsse, auch wenn dadurch die Niederlage des eigenen Landes verursacht wird. Selbst an der Verteidigung eines um die Existenz ringenden Landes dürfe sich die Arbeiterklasse nicht beteiligen, denn:

> Die Verteidigung der staatlich-nationalen Existenz eines imperialistischen Staates, der im Kampfe zu unterliegen droht, ist unmöglich, ohne daß dieselbe Kraft, die ihm aus der Gefahr hinaushelfen würde, ihm die Macht verleihen würde, die imperialistischen Zwecke zu verwirklichen.

Dieser Standpunkt ließe sich vielleicht begreifen bei Leuten, denen die Fremdherrschaft etwas ganz Gleichgültiges ist, die leugnen, daß der Arbeiterklasse unter einer fremdstaatlichen Unterdrückung schwere Nachteile erwachsen. Aber die „Arbeiterpolitik" steht ganz und gar nicht auf diesem oberflächlichen Standpunkt, sie beteuert ausdrücklich:

> „Wir stehen nicht auf dem Boden des naiven Internationalismus, der behauptet, dem Arbeiter sei es gleichgültig, was für Kapitalisten ihn beherrschen und ausbeuten. Die Fremdherrschaft bedeutet, daß zu dem ökonomischen Druck noch der nationale hinzukommt, daß die nationale Unterdrückung im Proletariat das Gefühl der Solidarität mit den eigenen besitzenden Klassen stärkt. Wir wissen, daß jede Invasion am härtesten die Proletarier trifft."

Dieses Zugeständnis ist ungeheuer wichtig. Denn gerade aus dem Munde der weniger geschulten Spartakusanhänger kann man zu unzähligen Malen Phrasen hören wie: „Für uns ist es ganz egal, ob wir russisch oder englisch werden". Ihnen wird man künftig mit ihrem eigenen Organ, der Bremer „Arbeiterpolitik", den Mund stopfen können, die zugesteht, daß jede Invasion die Arbeiter nicht nur nebenher, sondern gerade am härtesten von allen Volksklassen trifft.

Also — fragt nun jeder — das wissen diese Leute und wollen gleichwohl, daß die Arbeiter sich selber der Gefahr einer Fremdherrschaft ausliefern? — In der Tat, es ist so! Man höre, wie sich Spartakus tröstet:

> Aber was dann, wenn es in einem Kriege zu keinen gleichzeitigen Kämpfen des Proletariats in allen Ländern kommt oder wenn sein Kampf keine gleichen Erfolge zeitigt, weil die eingesetzten Kräfte ungleich sind? Auch in diesem Falle, dessen Eintreten in den ersten Zeiten der erst vor uns liegenden Kampfesepoche nicht ausgeschlossen ist, sind die dem Proletariat drohenden

Gefahren Keiner, als in dem Falle, wenn es vor seinen Klassengegnern im vornherein kapituliert. Denn hat es versucht, sich in internationaler Front zu verteidigen, hat es im Kampfe für die eigenen Ziele auch die größten Opfer gebracht, so wird es auch fähig sein, sich gegen die Folgen seiner Niederlage zu wehren.

Aus dem Nebel theoretischer Umschreibungen in klares Deutsch übersetzt heißt das: Wenn das deutsche Proletariat zu Beginn des Weltkrieges in Aufstand und Generalstreik eingetreten wäre, während die französischen, englischen, russischen Arbeiter gar nicht daran dachten, wenn weiter hierdurch eine vernichtende Niederlage Deutschlands herbeigeführt worden wäre, deren Folgen die deutschen Arbeiter selbst auf das schwerste träfen — **dann wär' es eben auch gut!** Die deutschen Arbeiter müßten sich damit abfinden, daß sie nach dem Sinne der großen spartakanischen Studierstubenweltumstürzler ihre Pflicht getan hätten; im übrigen, so sagt man ihnen tröstend, wird es euch ja ein Leichtes sein, nachdem ihr Deutschland ins Unglück gestürzt habt, euch eurer russischen, englischen, französischen Unterdrücker zu erwehren!

Das bedeutet: die Spartakusgruppe verlangt in diesen Ausführungen der „Arbeiterpolitik" von der Arbeiterschaft nicht mehr und nicht weniger, als daß sie sich sehenden Auges ins Unglück stürze, — zur höheren Ehre des Prinzips, wie es Spartakus auffaßt. Das ist, um nichts Schlimmeres zu sagen, Leichtfertigkeit, aber keine Vertretung der Arbeiterinteressen.

Minister v. Loebell an die Landwirte.

In einem Erlaß des preußischen Ministers des Innern an die Landräte wird sehr nachdrücklich die Bedeutung der Ernährung der Schwerarbeiter betont und nach einer Anerkennung des bisher Geleisteten gesagt:

Jeder Deutsche kennt die Mahnung des Generalfeldmarschalls von Hindenburg. Es gilt, sie zu befolgen.

Was ein jeder, insbesondere jeder Landwirt an Nahrungsmitteln über die nach den Verordnungen ablieferungspflichtigen Mengen hinaus entbehren kann, namentlich Speck und Schmalz, Schinken, Wurst u. dgl., für deren Abgabe die in dieser Jahreszeit stattfindenden Hausschlachtungen die gegebene Gelegenheit bieten, soll für die Arbeiter der Kriegsindustrie gespendet werden. Soweit nicht bereits auf Grund der telegraphischen Weisung die Oberpräsidenten abweichende Anordnungen getroffen haben, sind im Verein mit den Landwirtschaftskammern an allen geeigneten Orten Sammel- und Anmeldestellen einzurichten, die in den Landkreisen unter Leitung und nach Anweisung der von den Landräten einzurichtenden Kreissammelstellen zu wirken haben. Diese werden die abgelieferten Vorräte zweckmäßig größeren Sammelstellen für die Provinz, dem Regierungsbezirk u. dgl. zuzuleiten haben.

Das in allen schweren Zeiten erprobte preußische Pflichtgefühl wird, dessen bin ich sicher, alsbald dies freiwillige Opferwerk zu höchstem Erfolge führen. Jeder Ort, jeder Kreis wird seine Ehre darein setzen, einen ersten Platz unter den Sammlungen in der Monarchie zu erringen. Ich werde dafür Sorge tragen, daß die namhaftesten Ergebnisse alsbald und laufend der Oeffentlichkeit bekanntgemacht werden.

Den Landräten mache ich die Durchführung dieses Erlasses zur dringenden Pflicht.

Die Landbevölkerung, heißt es zum Schluß, ist mit allem Nachdruck über die hohe vaterländische Bedeutung der Sammlungen für die Hindenburgspende der deutschen Landwirte zugunsten der Industriearbeiterschaft aufzuklären.

Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 29. November abgehaltenen Reichstagsersatzwahl im Wahlbezirk Brieg-Namslau wurden bei 14 116 Wahlberechtigten 3805 Stimmen abgegeben, davon 17 ungültige. 3874 Stimmen fielen auf den Landtagsabgeordneten Rittergutsbesitzer aus dem Winckel-Logau (k). Vier Stimmen waren zersplittert.

Der bayerische Landtag. Die liberale Fraktion der Abgeordnetenkammer fordert die Einberufung des bayerischen Landtags zur Beratung der bayerischen Vollzugsvorschriften zum Hilfsdienstgesetz. Unsere Genossen hatten schon vor dem Hilfsdienstgesetz die Einberufung gefordert, in der Hauptsache wegen der Volksernährung.

Für Konsumentenkammern tritt der (christliche) Reichsverband deutscher Konsumvereine in Köln-Mülheim ein. Seine hierzu ergangene Denkschrift weist darauf hin, daß der „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen" jetzt 82 Organisationen mit etwa 7½ Millionen Mitgliedern, d. h. einschließlich der Familienangehörigen über ein Viertel der deutschen Bevölkerung, umfaßt.

Eine Studiengesellschaft für Weltpolitik hat sich in München gebildet, die Anhänger aller Parteien zum Beitritt auffordert. Der Gründungsaufruf trägt die Unterschrift verschiedener Professoren, darunter Reinhard Traubs als Vorsitzenden, des Zentrumsabg. Pfeiffer, des Fortschrittlers Kerschensteiner und des Redakteurs der „Münchener Post" Genossen Paul Kampffmeyer.

Die Offiziersgehälter. Es ist verfügt worden, daß die Offiziere im allgemeinen nur die Gebührnisse der ihnen verliehenen Stelle bekommen, so z. B. ehemalige Regimentskommandanten, die bei Kriegsbeginn wieder eingetreten sind und jetzt ein Bataillon führen, das Gehalt eines Bataillonskommandeurs. Offiziere, die auf Grund der bisherigen Bestimmungen höhere als die mit der Stelle verbundene Gebührnisse bereits bezogen haben, bleiben hiervon unberührt, solange sie die betreffende Stelle wahrnehmen.

Ein Erlaß Körbers.

Der österreichische Ministerpräsident schärft in einem Erlaß den Beamten ein, daß die bestehenden Gesetze strengstens zu beachten sind und daß vor dem Gesetz jedermann gleich ist.

„Die Außerachtlassung dieser Forderung des Gesetzes wäre nicht bloß ein Unrecht, sondern eine Gefahr, denn sie würde das Rechtsbewußtsein erschüttern und damit die Achtung und die Anhänglichkeit an den Staat. Sie würde überdies von der Bevölkerung, deren Standhaftigkeit und großer Opfermut in diesem furchtbarsten aller Kriege eine verheißende Gewähr für die sittliche Wiedergeburt unseres Vaterlandes verspricht, als Undank empfunden werden."

Nach den Aeußerungen Koerbers über die Presse ist anzunehmen, daß er die von den zuständigen Bezirkshauptmännern verfügte Einstellung unserer Parteiblätter in Warnsdorf und Aussig nicht billigen wird. Selbstverständlich standen auch diese Blätter wie die gesamte österreichische Presse unter Vorzensur.

Die Abgeordneten in der Wiener Hofburg. Genosse Pernerstorfer, der einer der sieben Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses ist, hat sich an dem Empfang des Präsidiums durch das Kaiserpaar nicht beteiligt, wie die „Arb.-Ztg." mitteilt. Nach der gleichen Quelle fehlten auch der italienische Vizepräsident Frhr. v. Malfatti, der verhindert, und der Pole German, der krank ist. Unser Parteiblatt bestreitet der Audienz auch jeden staatsrechtlichen Charakter, weil das Präsidium des seit dem 13. Mär 1914 suspendierten Parlaments dieses nicht mehr vertrete; in der Teilnahme der Kaiserin an dem Empfang sieht die „Arb.-Ztg." eine Bestätigung des gesellschaftlichen Charakters des Empfangs.

Der Kampf um Liebknechts Nachfolge.

Aus einem ausführlichen Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins Spandau-Potsdam-Osthavelland tragen wir zu unserer gestrigen Meldung noch folgendes nach:

Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einer fast zweistündigen Debatte über die Gültigkeit von vier Mandaten, von denen zwei der Parteiopposition und zwei der Parteimehrheit zugerechnet werden. Von der Opposition wurden zwei Delegiertenmandate für Kremmen und Kladow angefochten, weil diesen beiden Orten auf Grund der Beitragsabrechnung vom letzten Quartal — die nach einem Vorstandsbeschluß für die Delegiertenzahl maßgebend sein soll — kein Mandat zustände. Der Kreisvorstand berief sich dagegen auf eine Statutenbestimmung, wonach den Orten, für welche ein Beitragskassierer bestellt ist, eine Delegation zur Generalversammlung zustehe. Andererseits wurden zwei Minderheitsmandate angefochten. Die Spandauer Genossen hatten außer den zwei ihnen zustehenden Delegierten noch eine besondere Vertreterin der Spandauer Frauen entsandt. Ferner war die Brandenburger Preßkommission durch ihr früheres Mitglied Stab vertreten, der sein Mandat niedergelegt hatte, weil ihm die jetzige Haltung der „Brandenburger Zeitung" nicht paßt. Nach langen Erörterungen wurde ein Vermittelungsvorschlag angenommen, wonach die vier bestrittenen Mandate gültig erklärt werden.

Der Vorstandsbericht ergibt, daß die Mitgliederzahl seit Kriegsausbruch von 3380 auf 690 zusammengeschrumpft ist. Der Stand der Parteipresse hat leider auch einen entsprechenden Rückgang erfahren.

Nun folgte der wichtigste Punkt der Tagesordnung: Aufstellung des Kandidaten für die Reichstagswahl.

Der Vorsitzende Stahl (Mehrheit) teilt mit, daß die Konservativen eine Anfrage an den Parteivorstand gerichtet haben, aus der hervorgeht, daß sie die burgfriedliche Wahl ihrerseits abhängig machen von der Person des Kandidaten, den unsere Partei aufstellen wird. Weiter führte der Redner aus: Eine Wiederaufstellung Liebknechts könnte nur unter dem Gesichtspunkt einer Demonstrationswahl in Frage kommen. Die Beteiligung an einer Demonstrationswahl würde — wie die Verhältnisse im Kreise liegen — so gering sein, daß sie eine demonstrative Wirkung nicht haben, aber den Konservativen das Mandat sichern werde, denn die für Liebknecht abgegebenen Stimmen werden ja nicht mitgezählt. Wir müßten politische Kindsköpfe sein, wenn wir jetzt, wo es uns möglich ist, ein früher erkämpftes Mandat der Partei zu erhalten, es den Konservativen in die Hände zu spielen. Das werden die Parteigenossen, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, nicht wollen. Auch unsere im Felde stehenden Genossen, die am Wahlkampf nicht teilnehmen können, werden verlangen, daß wir den Weg einschlagen, auf dem uns die Erhaltung des Mandats sichergestellt ist. Mit einem Kandidaten der Arbeitsgemeinschaft würden wir das Mandat nicht wiedergewinnen. Diese Annahme stützt sich auf die Erfahrungen bei der Reichstagswahl in Dischatz-Grimma sowie bei den Stadtverordnetenwahlen in Wilmersdorf und in Spandau. Wir müssen bei der Reichstagswahl in unserem Kreise die Richtungsstreitigkeiten beiseite lassen und nur darauf bedacht sein, daß das Mandat unserer Partei erhalten bleibt. Das kann nach unserer Ueberzeugung nur dann erreicht werden, wenn wir einen Kandidaten der Parteimehrheit aufstellen.

Stab (Arbeitsgemeinschaft) betonte, die Vertretung unserer Parteigrundsätze sei die wichtigste Aufgabe, die wir bei den Wahlen zu erfüllen haben. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir seither die Wahlkämpfe geführt und dabei ist die Partei groß geworden. Die prinzipielle Aufklärung war uns die Hauptsache im Wahlkampf. Die Gewinnung von Mandaten kam erst in zweiter Linie in Frage. Wenn die Gegner Kandidaten aufstellen wollen, kann es uns recht sein. Dann haben wir einen Wahlkampf. Ohne Kampf kein Sieg. Und wenn wir bei dieser Wahl unterliegen sollten, dann haben wir doch die Vorarbeiten gemacht, die uns bei der nächsten allgemeinen Wahl zugute kommen werden.

Pieser (Spartakusgruppe) befürwortete die Wiederaufstellung Liebknechts und führte aus: 1000 Stimmen, die für eine Protestwahl abgegeben werden, haben mehr Wert als 10 000 Stimmen für einen Mehrheitkandidaten. Die demonstrative Stimmenabgabe für Liebknecht soll ein Protest sein gegen die Verurteilung Liebknechts und gegen die Fraktionsmehrheit, die ihn auf seinen Weg gedrängt hat. Wenn ein Mehrheitskandidat aufgestellt wird, dann geht ein Riß durch die Partei im Kreise. Eine Protestwahl wird großen Erfolg haben, denn die Erbitterung über das Urteil gegen Liebknecht und über die Haltung der Fraktionsmehrheit hat die weitesten Kreise der Arbeiter ergriffen und geht bis in die bürgerlichen Kreise hinein. Auch aus diesen Kreisen würden Stimmen für Liebknecht abgegeben werden.

Den Ausführungen der drei Referenten folgte eine sehr ausgedehnte Debatte, in der Redner aller drei Richtungen die Darlegungen ihrer Referenten unterstützten.

Genosse Wels (Bezirksverband) betonte, daß weder die Politik der Mehrheit noch die Aufstellung eines Mehrheitskandidaten einen Verstoß gegen die Grundsätze unserer Partei bedeuten. Einer Demonstration für Liebknecht bedürfe es nicht, denn Liebknechts persönliche Ehrenhaftigkeit werde von keinem Parteigenossen angezweifelt, auch nicht von denen, die seine Politik mißbilligen. Jetzt sei Einigkeit die Hauptsache. — Hiergegen wurde seitens der Minderheit erklärt: Einigkeit wollen auch wir. Wenn wir aber sehen, wie es der Parteivorstand mit dem „Vorwärts" gemacht hat, dann müssen wir doch sagen, daß von jener Seite die Einigkeit gestört worden ist. Bei rühriger Agitation können wir den Kreis für einen Vertreter der Arbeitsgemeinschaft gewinnen.

Ueber den Abstimmungsmodus bei der Kandidatenaufstellung kam es zu einer Geschäftsdebatte, die den Beschluß zeitigte, zunächst nicht über die aufzustellende Person abzustimmen, sondern darüber, ob ein Kandidat der Mehrheit oder ein Kandidat der Opposition aufgestellt werden soll. Die Zettelabstimmung ergab 17 Stimmen für die Opposition und 14 Stimmen für die Mehrheit.

Nachdem dies Resultat bekanntgegeben war, erklärte Wels: Durch diesen Abstimmungsmodus sind die Anhänger der Mehrheit gegenüber der aus zwei Richtungen bestehenden Opposition ausgefallen. Das kann sich die Mehrheit nicht gefallen lassen. Dieser Abstimmungsmodus widerspricht dem Herkommen in der Partei. Ich schlage deshalb vor, daß die 14 Genossen, die sich für die Mehrheit entschieden haben, auch an der Abstimmung über die Person beteiligen und für ihren Kandidaten, den Genossen Stahl stimmen. Bei der dann erforderlich werdenden engeren Wahl können sich die Genossen der Opposition auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen und dann wird sich zeigen, ob dieser oder der Kandidat der Mehrheit die meisten Stimmen erhält. Wenn nicht nach diesem Vorschlage verfahren wird, dann liegt ein Konflikt zwischen der Bezirksleitung und der Kreisorganisation vor, über den der Parteivorstand zu entscheiden hat.

Der Vorschlag des Genossen Wels wurde von der Opposition bekämpft und betont, nach der vorliegenden Abstimmung dürfe nur ein Kandidat der Opposition gewählt werden, Stimmen, die für den Mehrheitskandidaten abgegeben würden, seien ungültig.

Ein Vertreter der Spartakusgruppe erklärte, seine Anhänger verzichten auf die Aufstellung des Genossen Liebknecht und schlagen den Genossen Mehring vor.

Die hierauf vorgenommene Abstimmung über die Person des Kandidaten ergab 14 Stimmen für den Mehrheitskandidaten Stahl, 8 Stimmen für den Kandidaten der Arbeitsgemeinschaft Stab, 9 Stimmen für Mehring.

Der Vorsitzende Stahl erklärte, daß hiernach der Genosse Mehring als Kandidat der Opposition aufgestellt sei, da die 14 Stimmen für den Mehrheitskandidaten als ungültig anzusehen seien.

Wels erklärte, gegen diese Wahl namens der Bezirksleitung Protest beim Parteivorstand einzulegen.

Genosse Walter-Potsdam wurde in die Preßkommission gewählt.

Aus der Partei.

Otto Hue und der Wahlkreis Bochum.

Der frühere Reichstagsabgeordnete und seitherige Kandidat für Bochum-Gelsenkirchen, Landtagsabg. Hue, hat, wie erst jetzt bekannt wird, seine Reichstagskandidatur niedergelegt, nachdem die Kreisgeneralversammlung mit kleiner Mehrheit das Verhalten des Delegierten Windau gebilligt hatte, der auf der Reichskonferenz mit der Opposition stimmte. In dem Schreiben an den Kreisvorstand sagt Hue:

„Der Beschluß befürwortet nach meiner Ueberzeugung eine Politik, die die Interessen Deutschlands nicht fördern und darum auch nicht den Interessen der deutschen Arbeiterklasse dienlich sein kann. Eine solche Politik kann ich mit gutem Gewissen nicht vertreten."

Hue erklärt dann entgegen den Wortführern der Gegenseite, daß Konflikte unausbleiblich sein würden und fährt fort:

„Ich muß den Disziplinbruch (Nichtunterordnung der Minderheit unter die Mehrheit) als den Anfang der Organisationszerstörung und der Anarchie verurteilen und darf deshalb vor allen Dingen selbst keinen Disziplinbruch begehen. Das täte ich aber, wenn ich im Falle der Wiederwahl zum Abgeordneten dieses Kreises entsprechend meiner Ueberzeugung von der Unrichtigkeit und Schädlichkeit des gestrigen Beschlusses der Generalversammlung gegen dieses Votum handelte. Aus diesem Gewissenskonflikt befreit mich die Niederlegung der Reichstagskandidatur."

Die Entscheidung innerer Parteifragen zu einer Zeit, wo die Masse der Parteigenossen daran nicht teilnehmen kann, wird immer nur eine vorläufige sein können. Darum braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben, das Bochumer Mandat mit Otto Hue wieder zu erobern.

Unter Brüdern. „Wir wissen wohl, daß der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft treffliche, von uns hochgeschätzte Männer angehören, neben manchen unsicheren Kantonisten, wie dem Reichstagsabgeordneten von Teltow-Beeskow, der noch im vorigen Jahre als begeisterter Sozialpatriot agitierte und radikale Genossen, die durch die Schutzhaft wehrlos gemacht waren, schmählich verdächtigte, bis er sachte zurücklernte, als er entdeckte, daß seine Wähler wesentlich anderer Anschauung waren, oder dem parlamentarischen Vertreter eines thüringischen Kleinstaates, der am 4. August 1914 das geflügelte Wort flattern ließ: Hätten wir gegen die Kredite gestimmt, so wären wir nicht lebend bis zum Brandenburger Tor gekommen", aber den alten Löwenmut wiederfand, als er dahinterkam, daß er die Kredite verweigern könne, ohne sein kostbares Leben zu gefährden." — Wer fällt dieses grausame Urteil? Wir — o nein! Es ist zu lesen in dem auf der äußersten Parteilinken stehenden Braunschweiger „Volksfreund" und illustriert die von Bernstein und anderen entdeckte Geschlossenheit der Opposition.

Aus Groß-Berlin.

Verkehrsverdünnung.

Gestern ist der einstweilen neueste Fahrplan auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen in Kraft getreten. Jetzt brauchen sich die Schönschreiber, die die gelben Anschläge für die Bahnhofhallen autographieren, den Platz nicht mehr ängstlich einzuteilen, jetzt können sie sich für jeden Zug hübsch Raum lassen. Vom Standpunkt des Kunstgewerblers betrachtet verdient der neue Fahrplan entschieden den Vorzug. Aber leider kommt es darauf entschieden sehr wenig an. Die starke Verringerung der Züge auch am hellen Tage und am frühen Abend hat zur Folge, daß nun auch die Züge in den verkehrsschwächeren Stunden sachte überfüllt sind, wenn auch nur in dem Maße, daß es jetzt auch in diesen Stunden Reisende gibt, die in ihrer Hoffnung auf einen Sitzplatz getäuscht sind. Damit und mit dem Zeitverlust, den die Benutzung eines Zuges bedeutet, der schon früher hin oder erst später zurückfährt, als man es eigentlich brauchte, müssen wir uns eben abfinden. Der Pulsschlag des bürgerlichen Lebens scheint, am Fahrplan und am Lichtaufgebot gemessen, abzunehmen. Aber das ist nur die eine Seite: der Rhythmus der Arbeit wird immer noch rascher, und jetzt erst recht.

Ueber das Hilfsdienstgesetz

sprechen am Freitagabend in der „Neuen Philharmonie", Köpenicker Straße, die Reichstagsabgeordneten Bauer und Noske. Eintrittskarten bei allen (in der letzten Sonntagnummer angegebenen) Vertrauensmännern des Vereins „Vorwärts".

Preisfestsetzung für Brot und Futtergetreide.

Das Kriegsernährungsamt gibt bekannt: Für Hafer und Futtergerste wird zurzeit 280 M., für Qualitätsgerste von der Reichsgerstengesellschaft 340 M. für die Tonne im Höchstfalle bezahlt. In dem Satz von 280 M. für die Tonne ist neben dem endgültig festzusetzenden Preise ein Zuschlag für Frühlieferung (Frühdruschprämie) enthalten. Der endgültige Preis ist nunmehr festgesetzt. Er beträgt bei Futtergerste von jetzt ab 250 M. für die Tonne. Für Qualitätsgerste zahlt die Reichsgerstengesellschaft von jetzt ab 320 M. für die Tonne. Für Hafer bleibt der Frühlieferungspreis von 280 M. noch bis zum 31. Januar 1917 einschließlich bestehen. Da für Brotgetreide die derzeitige Frühdruschprämie von 10 M. für die Tonne nach der geltenden Bundesratsverordnung nur noch bis zum 15. Dezember 1916 bezahlt wird, liegt es im Interesse der Landwirte, in den nächsten zehn Tagen möglichst viel Brotgetreide, das auch jetzt besonders nötig ist, zu dreschen und abzuliefern.

Zusatz-Zuckerkarten für Säuglinge.

Im ersten Lebensjahre ist für Kinder, die künstlich ernährt werden, Zucker ein wesentliches Nahrungsmittel. Namentlich für ältere Säuglinge ist die Zuckermenge von 750 Gramm, die in Berlin auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, nur als sehr knapp bemessen zu erachten. Um diesem erhöhten Zuckerbedürfnis Rechnung zu tragen, da andererseits eine allgemeine Erhöhung der Zuckermenge bis auf weiteres nicht möglich ist, vielmehr vom 1. Januar 1917 ab die Gesamtmenge eine Minderung erfährt — ohne daß übrigens die Rate für den Haushalt und die Einzelperson herabgesetzt wird —, hat sich nunmehr Berlin entschlossen, für alle nach dem 1. Dezember 1915 geborenen Kinder eine Zusatz-Zuckerkarte einzuführen, die Anspruch auf Bezug von je ½ Pfund Zucker im laufenden Kalendermonat gewährt. Um den Eltern bzw. Pflegeeltern im weitesten Maße entgegenzukommen, und um alle Weiterungen und Unbequemlichkeiten zu vermeiden, ist das Verfahren bei der Ausgabe der Zusatz-Zuckerkarten möglichst vereinfacht worden.

Es ist nichts weiter nötig, als daß sich der Vorstand bzw. Vertreter des Haushalts, in dem sich am 2. Dezbr. 1915 oder später geborene Kinder befinden, zur zuständigen Brotkommission begibt und dort eine Geburtsurkunde oder eine sonstige Urkunde, aus der der Geburtstag des Kindes unzweifelhaft hervorgeht, vorlegt. Es wird dann sofort, die Zusatz-Zuckerkarte, die 6 Monatsabschnitte, gültig für die Zeit vom Dezember 1916 bis Mai 1917 enthält, ausgehändigt. Auch darin liegt eine Vereinfachung, daß der Zucker unter Vorlegung der Zusatz-Zuckerkarte und unter Abtrennung des

jeweils gültigen Abschnittes von jedem beliebigen Geschäft in Berlin bezogen werden kann, ohne daß eine vorherige Eintragung in die Kundenliste nötig ist.

Im Genusse der Zusatz-Zuckerkarten bleiben die Kinder auch dann, wenn sie in der Zeit vom 2. Dezember 1916 bis 31. Mai 1917 das erste Lebensjahr vollenden. Eine Rückgabe der Karte an die Brotkommission hat nur dann zu erfolgen, wenn der Aufenthalt des Kindes in Berlin dauernd sein Ende erreicht.

Ausdrücklich sei hierbei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Zusatz-Zuckerkarte nur für die im Bezirk der Stadt Berlin wohnenden Kinder ausgegeben werden. Im übrigen wird auf die Verordnung des Magistrats Berlin über die Ausgabe von Zusatz-Zuckerkarten für Säuglinge verwiesen.

Die Fischversorgung.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Süßwasser- und Seefischen, Fischräucherwaren und Marinaden ließ bekanntlich in der letzten Zeit viel zu wünschen übrig. Die Fische, die einen wichtigen Bestandteil der Volksernährung bilden, fehlten ganz oder es wurden unerschwingliche Preise gefordert. Hauptsächlich trat eine ganz unbegründet hohe Preissteigerung für Räucherwaren und Marinaden in Erscheinung, die um Hunderte von Prozenten teurer wurden als im Frieden. Wie einem Mitarbeiter des „B. T." vom Kriegsernährungsamt mitgeteilt wurde, sind nun die Vorarbeiten für eine grundlegende Regelung der gesamten Fischversorgung in vollem Gange. Unter Aufsicht des Präsidenten des Kriegsernährungsamts ist in Berlin, wie berichtet, die Reichsstelle für den Fischhandel gegründet worden, deren Vorsitz der Reichskommissar Regierungsassessor v. Flügge führt, dem ein zahlreicher Beamtenstab, der sich aus Fachkreisen zusammensetzt, beigegeben ist. Die Regelung erfolgt in der Weise, daß eine kleine Anzahl von Fischhandelsverbänden, bestehend aus Fischern, Fischereivereinen, dem Fischgroßhandel und den Fischverarbeitungsfabriken gegründet wird. Der gesamte Fischfang, der im Inland erfolgt, geht an diese Verbände, die den Fang je nach Bedarf an Frischfischen nach bestimmten Schlüsseln der Bevölkerung zuführen. Die Verbände haben ihrerseits wieder den Fischfabrikanten die notwendigen Fische zur Räucherung und Marinierung zu überweisen, die Fabrikanten erhalten aber nur bestimmte Löhne, die festgesetzt sind, dienen demnach als Lohnfabriken für das Reich. Die Verteilung der Fischkonserven und Räucherwaren wird ebenfalls nach einem Schlüssel durch die Kommunen, unter Mitwirkung des gesamten Kleinhandels, geregelt. Karten werden voraussichtlich auf die Fischfabrikate nicht herausgegeben. Die Preisregelung erfolgt nach genau festgesetzten Normen, die Preisprüfungsstellen der einzelnen Bezirke werden den Händlern entsprechende Zuschläge als Verkaufsverdienst bewilligen. Höchstpreise wird das Kriegsernährungsamt nicht festsetzen, da voraussichtlich eine so starke Verbilligung erfolgen wird, daß die Konsumentenkreise befriedigt sein können. Der Fischfang wird gegenüber dem jetzigen Betrieb sehr stark ausgedehnt, da auch die Fischer unter § 1 des Zivildienstes fallen und daher ihre Zahl wesentlich vermehrt werden wird. Die Neuregelung dürfte spätestens in drei Wochen in Kraft treten.

Keine Bierpreiserhöhung.

Das „Berliner Tageblatt" meldet: Der Verein der Brauereien Berlins und der Umgegend hat kürzlich bekanntgegeben, daß die ihm angehörigen Betriebe infolge der weiteren sehr beträchtlichen Beschränkung in der Zuteilung von Gerste und Malz, mit der sie für das neue Brauereijahr zu rechnen haben, genötigt seien, den Ausstoß sowohl in Faßbier als besonders auch in Flaschenbier von jetzt ab in einem der Braubeschränkung entsprechendem Umfange herabzusetzen. Während aber in der Provinz vielfach die Neigung besteht, aus diesem Anlaß die Verkaufspreise aufs neue heraufzusetzen, beabsichtigen die Groß-Berliner Brauereien, wie uns auf Anfrage erklärt wird, eine solche Maßnahme nicht, auch wenn die Malz- und Hopfenkontingente endgültig auf 25 Proz. des Friedensverbrauches herabgesetzt werden sollten."

Angesichts der großen Gewinne, die die Brauereien durch kräftige Streckung, will sagen: Verwässerung, des Bieres erzielt haben, wäre eine Preiserhöhung nahezu aufreizend. Leider werden sich die Brauereien für die Einschränkung des Absatzes vermutlich durch weitere Streckung schadlos zu halten suchen.

Die neuen Krankenhaus-Pflegesätze.

Der Magistrat hat mit Zustimmung der Stadtverordneten beschlossen, an Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern vom 1. April 1917 zu erheben: 1. für einheimische Kranke 4 M., 2. für Kranke, die nicht in Berlin wohnen, 4,50 M. für den Tag und Kopf. Ausgeschlossen von der Erhöhung sollen Kinder sein, deren Aufnahme vor dem beendeten 14. Lebensjahre erfolgt. Für Kranke, die nicht in Berlin wohnen und deren Wohnsitzgemeinde für Berliner Kranke höhere Sätze berechnet, werden gleichfalls höhere Beträge erhoben. Die erhöhten Sätze werden von dem gedachten Tage ab auch dann erhoben wenn der Kranke bereits früher in der Anstalt aufgenommen war.

Der Gemeindebeschluß, wonach die Aufnahme Diphtheriekranker (auch leichterer Fälle) ohne vorherige Prüfung der Kostenfrage zu erfolgen hat, soll auch auf die an Scharlach, Masern und Keuchhusten erkrankte Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre ausgedehnt werden. Die Entscheidung über die Kostendeckung in den gegebenen Fällen wird durch die zuständigen Dienststellen nachträglich getroffen werden.

Die Gesellschaft für Volksbildung hielt am Sonntag im Abgeordnetenhaus ihre Hauptversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden, Abg. Prinzen Schönaich-Carolath sind von 600 Bildungsvereinen 656 000 M. gesammelt worden, um dafür Bücher ins Feld zu schicken. Das Vereinsvermögen beträgt über eine Million.

Der bekannte Pädagoge Tews sprach über die Schule. Er bezeichnete es als dringend notwendig, jedem Tüchtigen ohne Unterschied des Standes und des Glaubens freie Bahn zu schaffen. Dazu gehöre in erster Reihe, daß jedem Kinde, Knaben und Mädchen, gleichviel welcher sozialen Schicht es angehöre, jede Bildungsmöglichkeit gewährt werde. Es sei nicht mehr an der Zeit, zu sagen: „Die Kinder der Armen gehören in die Volksschule, die der Reichen in die höhere Schule." Nicht der Stand der Eltern oder deren Geldbeutel, sondern die Begabung der Kinder müsse maßgebend sein. Es müsse jedem Knaben ermöglicht werden, die höchste Bildungsstufe und das höchste Amt zu erreichen. Auch müsse für die Volksschulen mehr Geld aufgewendet werden. Der Schüler einer Landschule koste dem Staat etwa 50 M., der einer höheren Lehranstalt 400 M., ein Landlehrer etwa 2000 M. jährlich. Ein Land- bzw. Volksschullehrer habe im Durchschnitt 120, der Lehrer einer höheren Lehranstalt in den oberen Klassen durchschnittlich 70 bis 80 Schüler zu unterrichten. Abg. Oberlehrer Sivkovich führte diesen Gedanken weiter aus und wies darauf hin, daß in der katholischen Kirche jedem begabten Knaben die Priesterlaufbahn unterschiedslos freistehe. Papst Pius X. sei der Sohn ganz armer Eltern gewesen. Notwendig sei auch, den Mädchen jede Bildungsmöglichkeit zu verschaffen. Nach dem Kriege werde das Volk, das am gebildetsten sei, die Herrschaft in der Welt haben.

Die „Große" macht ein Bombengeschäft! Die Verkehrsentwickelung der Großen Berliner Straßenbahnen hat in den letzten Monaten sprunghaft zugenommen. Die von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn in ihrer Eingabe um eine Fahrpreiserhöhung in sichere Aussicht gestellte Minderung der Einnahmen ist nicht eingetreten. Statt eines Rückganges ununterbrochen hohe Mehreinnahmen ohne größere Mehrausgaben. Im September d. J. betrugen die Mehreinnahmen gegenüber dem vorigen Jahre schon 600 000 M., im Oktober d. J. über 700 000 M. und im November d. J. sogar über 800 000 M. Wenn diese Steigerung so fortgeht, ist ein ganz außerordentlich und unerwartet günstiger Abschluß für 1916 zu erwarten. Heute schon beträgt der Mehrertrag der letzten 8 Monate rund 4½ Millionen Mark, und man rechnet mit rund 9 Millionen Mark bei einem Betriebsüberschuß von 9 Millionen M. im vergangenen Jahre, d. h. also mit doppelt so viel als innerhalb des letzten Kriegsjahres.

Unermittelte Heeresangehörige, Nachlaß- und Fundsachen. Die dritte Nummer der Sonderliste: „Unermittelte Heeresangehörige, Nachlaß- und Fundsachen" ist am 1. Dezember d. J. als Beilage zur deutschen Verlustliste erschienen. Der Liste liegt wieder eine Bildertafel bei, die außer Photographien auch die Abbildungen einiger besonders auffälligen Zigarettenetuis enthält. Die Liste ist durch ein Namensverzeichnis von Gefallenen, deren Erben nicht zu ermitteln waren, sowie durch Mitteilungen über gefundene Gepäckstücke vervollständigt. Sie ist zum Preise von 20 Pf. einschließlich Porto im Einzelverkauf direkt durch die Norddeutsche Buchdruckerei, Berlin, Wilhelmstr. 32, zu beziehen.

Neuregelung des Kartoffelverkaufs. Bei der jetzt herrschenden Kartoffelknappheit hat sich der Mißstand ergeben, daß die Inhaber von Karten bemüht sind, die ihnen zustehende Menge sofort und vollständig zu erhalten. Die Folge ist ein starker Andrang zu den Verkaufsstellen, sobald dort nur ein paar Säcke von den Großhändlern angeliefert werden. Frauen, die keine Zeit haben, sich anzustellen, oder den Ansturm nicht mitmachen wollen, kommen zu kurz, wenn das angelieferte Quantum nicht zur vollen Befriedigung des Bedarfs ausreicht. Dieser Mißstand wird sich auch dann nicht beseitigen lassen, wenn mit dem 1. Januar die tägliche Kopfmenge von einem Pfund auf dreiviertel Pfund herabgesetzt wird. Die Groß-Berliner Gemeinden wollen nun diesem Mißstande durch die Einführung von Kundenlisten, wie sie bei der Fleischversorgung bestehen, abhelfen. In Friedrichsfelde werden die Listen bereits am Montag ausgelegt werden. Die Karteninhaber werden dann nummernweise abgefertigt, so daß niemand mehr ganz ausfallen kann.

Gebrauntmarkter Milchfälscher. Ein wirksames Urteil hat das Landgericht II in Berlin über den Milchhändler Wilhelm Lau, Neukölln, Hermannstr. 18, verhängt. L. hatte stark verwässerte Milch verkauft und wurde deshalb vom Neuköllner Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Auf die von der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil eingelegte Berufung änderte die Strafkammer das Urteil in 1500 M. Geldstrafe und Aushang des Urteilstenors für die Dauer einer Woche im Schaufenster des Geschäftslokales des L. um. Außerdem ist die Verurteilung des L. zweimal öffentlich bekannt zu machen.

Einen schaurigen Fund machten Sonntagnachmittag Ausflügler im Grunewald. In der Nähe der Schützenstände bei Dahlem fanden sie einen Mann an einem Baume hängen. Sie schnitten ihn ab, aber er war schon lange tot. Die Leiche wurde nach dem Friedhof in Schildhorn gebracht. Der Unbekannte, der wohl dem Arbeiterstande angehörte, ist etwa 45 Jahre alt und mittelgroß, hat graugemischtes Haar, dunkelblonden Schnurrbart, gebogene Nase und trug schwarzen weichen Hut, dunkelgestreiften Ueberzieher, dunkelgraugestreiftes Jackett und Hose, eine hellgraue Weste und gelbe geschwärzte Schnürstiefel. Bei sich hatte er drei Schlüssel. Etwaige Mitteilungen zur Feststellung der Persönlichkeit nimmt der Amtsvorsteher von Grunewald-Forst oder die Berliner Kriminalpolizei entgegen.

In schwere Lebensgefahr geriet nachts der 28 Jahre alte Buchhalter Heinrich Witte aus der Elbestr. 30 zu Neukölln. Durch irgendein Versehen muß er, als er sich zu Bett legte und das Licht abgestellt hatte, den Hahn der Gaslampe wieder aufgedreht haben. Morgens fand man seine Stube ganz mit Gas angefüllt und ihn bewußtlos im Bette liegen. Die Neuköllner Feuerwehr hatte mit dem Pulmotor fast 1½ Stunden zu tun, um ihn in das Leben zurückzurufen. Der Gerettete wurde dann nach dem Krankenhaus gebracht.

Der Selbstmord eines Gutsbesitzers wird aus dem Westen der Stadt gemeldet. Im Toilettenraum einer großen Wirtschaft in der Potsdamer Straße erschoß sich in der Nacht zum Montag ein Mann, der nach den bisherigen Ermittelungen ein etwa 40 Jahre alter Gutsbesitzer v. B. aus Westpreußen zu sein scheint. Was den Gast zu dem Schritt veranlaßt hat, ist noch nicht bekannt.

Die Freiwillige Turnersanitätskolonne vom Roten Kreuz Berlin eröffnet neue Bildungskurse im Königstädtischen Realgymnasium, Elisabethstr. 57/58. Der Unterricht findet zweimal wöchentlich abends von 8—10 Uhr statt. Es werden aufgenommen Männer, die bei der jetzigen Musterung den Bescheid g. v. (garnisonverwendungsfähig) oder a. o. (arbeitsverwendungsfähig) erhalten haben; ferner der Jahrgang 1899 sowie die d. u. und die nicht mehr Wehrpflichtigen. G. v. und a. v. werden auf Antrag für den Dienst in der freiwilligen Krankenpflege freigegeben. Meldungen zum Ausbildungskursus sind schriftlich an Kreisturnwart Kregenow in Berlin NO. 18, Elisabethstr. 57, zu richten.

Der Zirkus Busch hat den Direktor des Hamburger Tattersalls, Alfred Ott, zu einem Gastspiel verpflichtet. Der hervorragend gewandte und elegante Schulreiter errang lebhaften Beifall. Auch die rätselhafte Afra und Corty-Althoffs Pferdedressuren fesselten wieder sehr; ebenso das prächtige Märchenspiel: „Die Geierprinzessin." Für die Nachmittagsvorstellungen hat man eine Pantomime: „Beim Weihnachtsbaum" einstudiert, die einen hübschen und farbenfrohen Kindertraum zum Leben weckt und in eine Weihnachtsfeier ausklingt. Sie fand bei der jugendlichen Zuschauerschar eine fröhliche Aufnahme.

Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Grieß, Graupen, Teigwaren und andere Nahrungsmittel, die von der Stadt zur Verteilung kommen, dürfen in Charlottenburg vom 15. Dezember ab nur in denjenigen Verkaufsstellen entnommen werden, in denen der Käufer in eine anzulegende Kundenliste eingetragen ist. Als Ausweis gilt die rote Nahrungsmittelkarte von Charlottenburg, von der Abschnitt 17 als Anmeldeabschnitt abzugeben ist. Auf der Rückseite ist der Firmenstempel des Händlers aufzudrücken und die Nummer der Eintragung zu vermerken.

Wilmersdorf. Mittwoch, Donnerstag und Freitag findet die Ausgabe der neuen Brot- und Speisefettkarten auf die Zeit vom 11. Dezember bis 31. Dezember statt. Die Hausbesitzer haben den Haushaltungsvorständen die Karten bis spätestens Sonntag mittags zuzustellen. Die Ausgabe der Zusatz-Brotkarten findet in der darauffolgenden Woche durch die Brotkommissionen an die Bezugsberechtigten selbst statt. Die Ausgabe der auf Grund ärztlichen Attestes bewilligten Brot- und Speisefett-Zusatzkarten für Kranke und Rekonvaleszenten auf die Zeit vom 11. bis 31. Dezember erfolgt durch das Statistische Amt, Gasteiner Straße 11, 2. Stock, Zimmer 14a, buchstabenweise vom 6. bis 12. Dezember, werktäglich in den Stunden von 9 bis 2 und 5 bis 7 Uhr.

Gerichtszeitung.

Die „Milchwasser"-Fabrikantin.

Mit einer gefährlichen Milchpantscherin hatte sich die fünfte Strafkammer des Berliner Landgerichts I zu beschäftigen. Die angeklagte Milchhändlerin Ida Bialla war wegen Verkaufes verfälschter Milch vom Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden und hatte gegen dies Urteil Berufung eingelegt. Nach den Feststellungen des Schöffengerichts war die von der Angeklagten verkaufte Milch zu 35 bis 40 Prozent mit Wasser gemischt. Die Händlerin suchte die Schuld auf die Lieferantin, die „Interessen-Gemeinschaft märkischer Milchproduzenten", abzuwälzen. Die unmittelbar nach der Entdeckung bei der Interessen-Gemeinschaft vorgenommenen Proben ergaben, daß dort die Milch einwandfrei war. Es handelt sich bei der Angeklagten um wochenlang fortlaufende Verfälschungen. Der Vorsitzende bemerkte, daß die Angeklagte eine Schutzschrift eingereicht hatte, die offensichtlich von derselben Hand geschrieben sei, wie die Schutzschrift in einem zweiten Milchverfälschungsprozeß. Ein „Spezialist für Milchverfälschungen" scheine sich an die Milchfälscher nach der Verurteilung heranzumachen und ihnen seine zweifelhaften Dienste anzubieten. Wie der Mann heißt, wollte die Angeklagte nicht wissen. Die Strafkammer sah in Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten noch einmal von einer Gefängnisstrafe ab und verurteilte sie zu 450 M. Geldstrafe.

Gegen das Hamstern wollte der Kaufmann Göbel in Berlin nur Front gemacht haben, indem er in seinem Geschäft die Abgabe von einem Pfund Malzkaffee von der Vorlegung von mehreren Brotkarten abhängig machte. Zwei Frauen, die je ein Pfund Malzkaffee haben wollten, erhielten ihn nicht, weil sie nicht mindestens zwei Brotkarten vorweisen konnten. Erst hatte Göbel gar die Bedingung gestellt, es sollten je vier Brotkarten vorgelegt werden; dann wollte er sich mit dem Vorzeigen von zwei Brotkarten begnügen. Göbel wurde wegen Uebertretung der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915, betreffend die Preisprüfungsstellen, zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht Berlin I nahm eine Uebertretung des § 5 Absatz 2 an, wonach die Abgabe der im Kleinverkauf üblichen Mengen an Verbraucher zu dem angekündigten Preise gegen Barzahlung nicht verweigert werden darf.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Die Frage sei nur, ob die Verordnung des Bundesrats vom 25. September 1915 durch den Angeklagten verletzt sei. Das sei aber mit dem Landgericht zu bejahen. Es könne dem Angeklagten nicht das Recht zugestanden werden, die vielen Verordnungen und Gesetze, die wir schon hätten, noch zu erweitern durch Aufstellung von Grundsätzen, durch die er angeblich das Hamstern beeinträchtigen wolle.

Ein Millionär als Kriegswucherer.

Vor dem Dresdner Landgericht waren angeklagt der langjährige Inhaber des Dresdner Ausstellungspalastes, Kaufmann Paul Arthur Holfeld, der während der Internationalen Hygiene-Ausstellung 1911 in Dresden ein großes Vermögen erwarb und allgemein als Millionär gilt, ferner der Kaufmann Engel und die Kaufmannsfrau Sperling. Seit Kriegsbeginn versuchte sich Holfeld in Kriegsgeschäften mancherlei Art, doch trat er nicht öffentlich auf, sondern ließ sie in seinem Auftrage durch Dritte betreiben und fungierte lediglich als Geldgeber, um mühelos Gewinne einzustreichen. Im vorliegenden Falle handelte es sich um den Absatz von Speiseöl. Die Sperling, die vor dem Kriege mit ihrem im Felde stehenden Manne die Herstellung von Fleischsalat im großen betrieb, besaß einen Posten Speiseöl, gegen 4400 Kilo, das sie für 4,15 M. das Kilo eingekauft hatte. Diesen Oelvorrat kaufte Samuel Engel aus Stargard, nachdem er zuvor seinen Geldgeber Holfeld befragt hatte, für 8 M. das Kilo, so daß die Sperling einen Uebergewinn von 18 260 M. erzielte. Das Oel wurde von Engel im Auftrage Holfelds weiter vertrieben und es wurde ein Verkaufspreis von 11 M. für das Kilo erreicht, so daß Engel und Holfeld zusammen gegen 13 000 M. verdienten. Bemerkenswert ist, daß Holfeld sich in dem Engel eines Mannes bediente, der ihm aus früheren Geschäften gegen 50 000 M. schuldete und somit in seiner Hand ein gefügiges Werkzeug war. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes und in Anbetracht der Tatsache, daß der Hauptangeklagte über ein großes Vermögen verfügt, verurteilte das Gericht Holfeld zu drei Monaten Gefängnis, 12 000 M. Geldstrafe oder weiteren zwölf Monaten Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Engel erhielt zwei Monate Gefängnis und 12 000 M. Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis, während gegen die Sperling auf 13 000 M. Geldstrafe oder ein Jahr Gefängnis erkannt wurde.

Aus aller Welt.

Die Ursache des Eisenbahnunglücks bei Budapest.

Wie bereits gemeldet, wurde bei dem jüngsten Eisenbahnunglück in Ungarn mit 64 anderen Reisenden auch der Ziviladlatus für Serbien, Sektionschef von Thalloczy, getötet. Wiener Blätter berichten, daß die dreiviertelstündige Verspätung des Wiener Schnellzuges dadurch verschuldet war, daß man solange auf Herrn von Thalloczy gewartet hatte. Aus Interviews der vom Begräbnis Kaiser Franz Josephs zurückreisenden ungarischen Minister ergibt sich ferner, daß Thalloczy aus Besorgnis, den Anschlußzug nach Belgrad zu versäumen, den Lokomotivführer zur Eile antrieb und daß der Zug geteilt und der eine Teil unterwegs zurückgehalten wurde, um den anderen Zugteil vorbeizulassen. So vergrößerte sich noch die Verspätung des Zuges und es kam überhaupt durch das Drängen Unberufener nach Einholung der Verspätung zu der Katastrophe.

Der Untersuchungsrichter hat den Lokomotivführer des Wiener Schnellzuges in Verwahrungshaft genommen. Es wäre in der Tat sehr zu wünschen, daß jeder Verdunkelung des Tatbestandes vorgebeugt würde.

Der getötete Sektionschef (Ministerialdirektor) v. Thalloczy soll die Aufzeichnungen des früheren österreichisch-ungarischen Botschafters in Berlin, Grafen Szögyeny-Marich, bei sich gehabt haben; sie sollen verschwunden sein.

Güterzug-Zusammenstoß. München, 4. Dezember. Amtliche Meldung. In der Station Roehrmoos bei Dachau fuhr heute früh ein Güterzug infolge Ueberfahrens des Einfahrtssignals auf einen bereits in der Station stehenden Güterzug. Ein Wagenwärter wurde getötet, zwei Bremser und ein Schaffner leicht verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich.

Jugendveranstaltungen.

Neukölln-Britz. Allen Wanderlustigen hiermit zur Kenntnisnahme, daß sich hier eine Abteilung des Touristenvereins „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Groß-Berlin, Sitz Wien, gegründet hat. Gesellige Zusammenkünfte finden am 6. und 21. Dezember in der Donaustr. 104, Restaurant Pfeiffer, statt. Jetzt Eintretende zahlen erst 1917 ihren Beitrag. Nähere Auskunft auf den Veranstaltungen und in der Geschäftsstelle Boddinstr. 43 I. Gäste herzlich willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 25 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die kapitalistische Entwickelung. — Aus kampffroher Zeit. Von Paul Schiller. (Schluß.) — Heinrich Heine. — Vom Kunstgewerbe der alten Griechen. Von Elfriede Schäfer. (Mit Abbildungen.) — Die Kontinentalsperre. II. Von Ernst Däumig. — Der große Augenblick. Erzählung von Manfred Kyber. — Weiterleben. Gedicht von Klara Müller-Jahnke. — Die Gegner an der Arbeit. — Aus der Jugendbewegung.

Briefkasten der Redaktion.

B. S. 7. 40 M. — **M. B. 7.** 1. Der Rentenantrag ist beim Bezirksfeldwebel zu stellen. Die Höhe der Rente richtet sich nach der festgestellten Erwerbsbeschränkung. 2. Nein. 3. Entziehung der Invalidenrente kann eintreten, wenn nach ärztlichem Gutachten Invalidität nicht mehr vorliegt. — **E. K. 45.** 1. Nur die Verlobungsgeschenke. 2. Wenn die Verlobung ohne triftigen Grund gelöst ist, kann die Braut für die gemachten Aufwendungen Schadenersatz verlangen. — **T. 2.** Ja, wenn sie ihren Aufenthalt in Deutschland haben. — **J. P. 1863.** Die Invalidenrente wird Ihnen weitergezahlt. — **Jul. W. Weißensee.** Nein. — **Gertrud 100.** 1. Ja, wenn sie von einem Krankenhaus angenommen

wird, was wir bezweckeln. 2. Nein. 3. Ob Ihr Sohn dort angenommen wird, wissen wir nicht; versuchen Sie es mit einer Anmeldung. — **H. F. 30.** Wir würden Ihnen dringend empfehlen, gegen das durchaus unangemessene Verhalten des Beamten Beschwerde bei dem Magistrat zu führen. — **N. P. in N.** An der Reichswochenhilfe ist nichts geändert. Auch die Landkrankenkasse ist zu der vollen Zahlung verpflichtet. Es müßte eventuell Beschwerde gegen die Kasse beim Versicherungsamt in Insterburg erhoben werden. — **B. B. 100.** 1. Wenden Sie sich an das Militärbureau des Magistrats Berlin, Klosterstr. 68. 2. Wenn weiter kein Einkommen vorhanden ist als die Unterstützung, so können auch die Kommunalsteuern nicht erhoben werden. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an den Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommission. — **Abonnent 177 A.** Ohne Kenntnis beider Rentenfestsetzungen können wir Ihnen darüber keine nähere Auskunft geben. — **B. 12.** Ansprüche an die Krankenkasse haben Sie in diesem Falle nicht. Sie könnten es mit einem Antrag auf Einleitung eines vorbeugenden Heilverfahrens bei der Landesversicherungsanstalt versuchen. Der Antrag ist an das Versicherungsamt Berlin, Klosterstr. 65/67, zu richten. — **E. B.** Heimkultur-Verlag, Wiesbaden-Adolfshöhe, Nassauer Str. 3. — **Schule.** 1. „Weltliche Schule" ist uns nicht bekannt. „Freie Schule" kostet 4 M. jährlich und erscheint in Wien. Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts. 2. „Flamme", Feuerbestattungsverein, Berlin SW 11, Anhaltstr. 6. — **H. B.** In diese Kunst sind wir leider nicht eingeweiht. Jedenfalls ist aber fachmännische Behandlung erforderlich. Fragen Sie an beim Lederarbeiterverband, Fr. Burckhardt, Berlin-Pankow, Wollankstr. 102, II. Aufgang, 2 Tr. — **P. B. 50.** Wenden Sie sich in dieser Sache schleunigst an den Verband der Schneider, Sebastianstr. 37/38.

Dienstag, den 5. Dezember
Mittwoch, den 6. Dezember
Donnerstag, den 7. Dezember

Umsonst

Umsonst →

erhält
jeder Käufer
beim Einkauf von 3 Mark an
einen Wandkalender
mit Tasche in künstlerischer Ausführung

Besorgen Sie Ihre Weihnachtseinkäufe frühzeitig!

In der 4. Etage Grosse Spielwaren-Ausstellung

H. JOSEPH & Co NEUKÖLLN Berliner Str. 51-55

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Josef Petter

am 30. November an Herzleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 6. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied der Schmied

Paul Schubert

am 1. Dezember an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Johannis-Kirchhofes in Plötzensee aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Wilhelm Büttner

am 1. Dezember an Schlaganfall gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes in Britz, Tempelhofer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Robert Kionke

am 22. November an Nervenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenbauer

Reinhold Wittkamp

am 28. November tödlich verunglückt ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinenarbeiter

Bruno Koszuszeck

am 29. November an Unfall gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Nachruf.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Oskar Peter

am 29. November an Bronchialleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

126/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Modelltischler

Fritz Lungershausen

Grenzstr. 14,

im Alter von 35 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Friedhofes der Dankes-Gemeinde, Reinickendorf-West, Blankestraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Max Vogel

Litauer Straße 16,

im Alter von 59 Jahren gestorben ist. 93/20

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer, spätere Kassenbeamte

Fritz Ebert

Weißensee, Gürtelstr. 10,

im Alter von 37 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, von der Halle des Weißenseer Gemeinde-Friedhofs, Nölckestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

94/2 Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß unsere innig geliebte, gute Tochter, Schwester, Schwägerin und Braut

Anna Müller

plötzlich am 1. Dezember, vormittags 6½ Uhr, im 23. Lebensjahre verstorben ist.

In tiefer Trauer 1586b

Eduard Müller
Auguste Müller geb. **Longino**
Ernst Longino nebst Frau
Eduard, **Max**, **Fritz**, **Hans** als Brüder
Marie Tscharniel a. Schwester
August Tscharniel a. Schwager
Witwe Adelheid Müller als Schwägerin
Erich Metz als Bräutigam nebst Eltern.

Berlin, den 2. Dezember 1916.
Mühlenstr. 42.

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Nachruf.

Am 19. November 1916 fiel auf dem Felde der Ehre unser lieber Kollege, der Gefreite 4a

Oskar Opitz

Ritter des Eisernen Kreuzes.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Arbeiterschaft
der Firma
Trebesius & Knappe
Köpenicker Str. 126.

Den Heldentod fürs Vaterland starb am 11. November mein inniggeliebter Gatte, treusorgender Vater seines einzigen Kindes, der Stellmacher †20

Franz Franke.

In tiefstem Schmerz
Frau
Franke geb. Franke
und Tochter.

Mit der Sehnsucht im Herzen nach seinen Lieben,
Mit der Sehnsucht im Herzen ist er geblieben.
Schlummere sanft, du gutes Herz.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Hühneraugen
Fußsohlenverhärtung
Hornhautbildung entfernt mit absoluter Sicherheit Reichels „Bosco". Einziges Radikalmittel für Hühneraugen und schmerzhafte Leiden. Seit 25 Jahren bewährt. Dose mit Beseitigungspflaster Mark 1.— (franko 1,20). Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstraße 4.

250/14 Ärztlich geleitete
Heilanstalt
für naturgemäße Heilweise; Licht- u. Elektro-Therapie, Homöopathie, Pflanzen- sowie Sauerstoff-Heilverfahren. Erfolgreiche, sachgemäße Behandlung frischer u. veralteter Krankheiten jeder Art! Innerer und äußerer, mögl. ohne Berufsstörung. Sprech- u. Behandlungszeit 9½—1 u. 4—7½. Sonntags und Feiertags 9—1 Uhr.
Berlin SO 16
Brückenstr. 10b II
am Jannowitz-Bahnhof.

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pfg
Deutsch-Französisch 15 Pfg
Buchhandlung Vorwärts.

Weihnachts-
Karten, Programme, Plakate
in gediegener Ausführung liefert die
Vorwärts Buchdruckerei
Berlin SW. 68 * Lindenstraße 3

itesser
Pickel, auch die hartnäckigsten, fettglänzende, erhitzte Haut und sonstige Hautunreinigkeiten werden am sichersten durch meine seit 25 Jahren bewährten Spezialmittel beseitigt. 2,50 M. Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnst. 4

Gebr. Sektkorke,
frei von Kunstkorken, Stck. 19 Pf.
gebr. Weinkorke 2 „
kauft jeden Posten
Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstr. 30.

Soldaten-Sprachführer
Deutsch-Französisch
Deutsch-Polnisch
das Stück zu 15 Pf.
Deutsch-Italienisch
Deutsch-Englisch
Deutsch-Russisch
das Stück zu 20 Pf
Porto je 3 Pf.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung

an die Frauen der zum Heere einberufenen Kollegen erfolgt **vom Montag, den 11. Dezember, bis 22. Dezember** in nachstehender Reihenfolge:
Für Frauen, deren Familiennamen anfangen mit den Buchstaben:

Montag, den 11. Dezember	Dienstag, den 12. Dezember	Mittwoch, den 13. Dezember	Donnerstag, den 14. Dezember
A 8½ Uhr	Br 8½ Uhr	Fa—Fe 8½ Uhr	Ha 8½ Uhr
Ba 10 „	Bu—Bz 10 „	Fi—Fz 10 „	He 10 „
Be 11 „	C 11 „	Ga 11 „	Hi 11 „
Bi—Bl 12 „	D 12 „	Ge—Gn 12 „	Ho—Hz 12 „
Bo 4½ „	E 4½ „	Go—Gz 4½ „	Ja—Jb 4½ „
Freitag, den 15. Dezember	**Sonnabend, den 16. Dezember**	**Montag, den 18. Dezember**	**Dienstag, den 19. Dezember**
Je—Ka 8½ Uhr	Ku—La 8½ Uhr	He—Ho 8½ Uhr	Pi—Pz 8½ Uhr
Ke—Ki 10 „	Le 10 „	Hr—Hz 10 „	Q—Ra 10 „
Kl—Kn 11 „	Li 11 „	N 11 „	Re 11 „
Ko 12 „	Lo—Lz 12 „	O 12 „	Ri 12 „
Kr 4½ „	Ma 4½ „	Pa—Pe 4½ „	Ro—Rz 4½ „
Mittwoch, den 20. Dezember	**Donnerstag, den 21. Dezember**	**Freitag, den 22. Dezember**	
Sa—Si 8½ Uhr	Schu 8½ Uhr	Wa 8½ Uhr	In der Zeit von 1 bis 4 Uhr ist das Bureau geschlossen.
Sk—Sz 10 „	Schw—St 10 „	We 10 „	
Scha-Sche 11 „	Ta—Te 11 „	Wi 11 „	
Schl-Schl 12 „	Ti—To 12 „	Wl—Wz 12 „	
Schm-Schr 4½ „	Tr—V 4½ „	X—Z 4½ „	

Die Witwen der seit Weihnachten 1915 gefallenen Kollegen nehmen an der Unterstützung teil.
Um unnötigen Andrang zu vermeiden, wird gebeten, diese Einteilung genau befolgen zu wollen.
Sonnabend nachmittag wird nicht gezahlt.

94/1 Die Ortsverwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Franz Diederich, Friedenau. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.